

Die „Sonne“
erhält wöchentlich 4 Blätter
und ist durch die
Expedition Neue Graupenstr. 5/6,
und durch Kolonieagenten zu beziehen.
Preis vierzehnzig Pf. 2.50.
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Pf. 2.50.
frei ins Ausland Pf. 2.50.
pro Woche Pf. 2.50.

Postamt Berlin
Postamt für das Ausland
Gesamtverkauf über den Raum
der Provinzen, Westpreußen und
Westdeutschland. Preis 10 Pfennige.
Gesamtverkauf über den Raum
der Provinzen bis Bremen 9 Pfennige in der
Provinz Oldenburg 8 Pfennige.

Volkswandt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Gesetz von
Redaktion 3141.

Gesetz von
Expedition 1204.

Nr. 66.

Mittwoch, den 18. März 1908.

19. Jahrgang.

Blockmanöver.

Morgen Mittwoch tritt die Vereinsgesekommission des Reichstages wieder zusammen. Das Kompromiß ist fertig, so konnte am Sonnabend ein Vertreter der Deutschen Bank auf der Berliner Börse verkünden. Die Freisinnigen nehmen den § 7 des Vereinsgesetzes an, dafür erklären sich die Konservativen bereit die Beiträge, welche die Börsengesekommission in der ersten Lesung gefasst hat, wieder rückgängig zu machen.

Dass Verhandlungen auf dieser Grundlage geführt wurden, ist unbedingt richtig. Widerstände ergaben sich bei der Mehrheit der freisinnigen Vereinigung, der süddeutschen Volkspartei und einem Teil der freisinnigen Volkspartei. Dennoch soll jetzt mit Gewalt vorausgezogen werden, das Gesetz zu bringen. Die Börse will es!

Der Wunsch der Börse ist dem Freisinnigen Beschl. Das führt die linksfreisinnige „Berliner Morgenpost“ in einem Zeitartikel aus, der wahrscheinlich von der übrigen bürgerlichen Presse fortgeschwiegene werden wird, obwohl er verdiente, das größte Aufsehen zu erregen. Die „Morgenpost“ acht von dem bekannten finanziellen Verhältnis der national-liberalen Partei zur Schwerindustrie aus, um dann zu erklären, dass beim Freisinn die Dinge auch nicht anders liegen:

Die Freisinnigen bekommen ihr Pulver teils von den Banken, teils von der Börse und teils von gewissen Industrien, die sich durch das Wirtschaftssystem der Regierung bedroht fühlen und bei dem Freisinn einen berechtigten Schutz zu finden hoffen... Diese gegenüber befinden sich die Parteilinien in einer beständigen Abhängigkeit... Demgegenüber richtet sich auch die Politik der Partei ganz nach den Wünschen dieser Geldgeber, deren Interessen man zunächst verteidigt, weil sie berüchtigt waren, dir man aber dann allen andern politischen Rücksichten voranzustellen musste, um die Geldgeber bei Laune zu erhalten... An der Börse war gestern das Gericht verbreitet, dass der Kaufhandel: Sprochenparagrapf fürs Börsengesetz verfehlte. Das Gericht wird wohl stimmen!

Mit dem ganzen Hass des abhängigen Helden gegenüber den Freien ist daher besonders in Berlin das Parteioffizientum in Presse und Versammlung gegen den Teil der liberalen und demokratischen Presse, der nicht von der Gunst interessierter Geldgeber abhängt und daher aller Höchstleidspflichtungen ledig ist... Und was sind das manchmal für Rücksichten. Vor einigen Jahren wurde von der freisinnig-volksparteischen Leitung die Kandidatur eines Fabrikanten vorbereitet, dessen ganze Verdienste um die heilige Sache in reichlichen Libationen (Geldspenden) für das chronisch notleidende Parteiblatt und in der Abspritzung eines Parteivorstandesmitgliedes für den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft bestanden hatte. Der Coup glückte, denn der Geldgeber hatte die Macht, aber bei aller

Unterordnung unter diese Macht empfand man es trotzdem fast als eine Blasphemie, dass nun plötzlich in der „charaktervollen“ Partei-Presse dieser Geldgeber als der wahre Volksmann und Kämpfer für Freiheit und Recht gepriesen wurde. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist sie die kommenden Landtagswahlen ein ähnlicher Kandidat, diesmal aus Gründen spekulantenkreisen im Anmarsch. Der Mann will sich die Sache etwas kosten lassen. Uebrigens hat die Münizipalität der Kapitalrätsigen auch ihre Grenzen. Als man vor einigen Jahren einen Großkaufmann zu Spende von 50.000 Mk. verlocken wollte, da erwies er höhnischend, für 50.000 Mark könne er sich allein einen Abgeordneten halten.

Es besteht für uns kein Grund, die Namen nicht zu nennen, die die „Morgenpost“ schonend verschweigt. Der Fabrikant, der sich in die Partei der wahren Volksmänner eingekauft hat, ist der jetzige freisinnige Landtagsabgeordnete Gerschel. Der Gründungspekulant, der ein Berliner Landtagsmandat zu ersteilen versucht, ist der Stadtverordnete Hahn. Auch der freisinnige Parteiführer, der von Herrn Gerschel an die Krippe eines seltenen Aufsichtsratspostens geschoben wurde, heißt Dr. Hermann Müller, und ist bekannt unter dem Namen Müller-Sagan.

Dieser Müller-Sagan hat nun in der letzten Zeit eine wahrhaft fieberhafte Tätigkeit entfaltet, um dem Freisinn daran zu bringen, dass er die Versammlungsfreiheit von vier Millionen preußischen Staatsbürgern, den Polen, opere, um dafür von den Konservativen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Börsenreform einzutauschen. Herr Müller kann sich auch bereits eines beträchtlichen Anhangs rühmen, denn ein großer Teil der freisinnigen Volkspartei, sowie die Herren Bachmeyer, Delbrück, Heckscher und Graf Bothmer von der freisinnigen Vereinigung, angehören. Mit Hilfe dieser Mannschaften soll nun am Mittwoch, dem 18. März, der große Schritt gewagt werden. Eine blockfreisinnige Märktei von 1908.

Im Jahre 1848 schrieb die liberale „Kölner Zeitung“, das Recht der Polen auf nationale Selbstbestimmung müsse unbedingt gewahrt bleiben. Sie forderte die Zurückziehung der preußischen Truppen aus den polnischen Landesteilen und die Waffenbewaffnung der Polen. Auf den Barricaden instillierten die Polen heldenmäßig ihr Blut mit dem Blute der Berliner Arbeiter und Bürger; den polnischen Helden und Märtyrern lag das ganze freisinnige Berlin huldigend zu Füßen.

Das waren Zeiten des poetischen Überschwänges; wir aber leben in der Ära der liberalen Blockprosa, der nüchternen Realpolitik. Wenn der Freisinn nach der materiellen Expropriation der polnischen Grundbesitzer, die er bekämpfte, nun die tausendmal schlimmere, geistige Enteignung der polnischen Proletarier vollzieht, wenn er hilft, den Armen der Armen den letzten Rest ihres politischen Rechts zu rauben, dann wird der Börse vielleicht der Terminhandel gestaltet werden!

Zwischen Sein und Nichtsein schleift sich die Gestalt des Blocks seit dem Tage ihrer Geburt dahin. Ihrem glorreichen Erfinder, dem Fürsten Bülow, bleibt keine Hoffnung als die, sich mit einem Geholper und Geholper in die Ferien zu retten. Es ist sein Glück, dass in Preußen-Deutschland das ganze Sommerhalbjahr keine Politik getrieben wird. Da lädt es sich dann wieder ganz angenehm regieren!

Duell im Block.

Die Brüderlichkeit im Block wird immer intimer, jetzt fordern die Freunde von rechts und links sich schon zu einem kleinen Duell mit Schießprügeln heraus. Der Zwischenruf „Fecht!“, den der freisinnige Abg. Goldschmidt gelegentlich der Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Fischbeck und dem Abg. Dr. Dieberich Hahn im Abgeordnetenhaus am Montag gemacht hat, hat dem bündlerischen Abg. Dr. Hahn Verlassung gegeben, Goldschmidt eine Forderung zum Duell überbringen zu lassen. Nachdem der amtierende Vizepräsident Dr. Borsig Herrn Hahn verhindert hatte, in einer persönlichen Bemerkung auf den durch einen Ordnungsruf erledigten Zwischenruf des Abg. Goldschmidt einzugehen, wurde Herr Goldschmidt von den konservativen Abg. von Oldenburg und Quochl aus dem Sitzungssaal in den Korridor gerufen. Die beiden Abgeordneten erklärten sich sobann als die Kartellträger des Herrn Hahn und fragten Herrn Goldschmidt, ob er bereit sei, seinen beleidigenden Zwischenruf zurückzunehmen. Abg. Goldschmidt erwiderte, dass er nur dann dazu bereit wäre, wenn auch Herr Hahn die die Freisinnigen beleidigende Neuerung, dass jüdische Großbankiers dem Freisinn den Wahlkampf bezahlten, zurücknehme. Die Herren erklärten, dass von solchen Bedingungen keine Rede sein könne und fragten, ob Herr Goldschmidt mit der Waffe Genugtuung zu geben bereit sei. Abg. Goldschmidt lehnte dies mit dem Hinweis, dass er grundsätzlicher Gegner des Duells sei, ab.

Die schlechten Zeichen für den Block haben sich zwar in den letzten Tagen auffällig gewehrt, immerhin war nicht abzusehen, dass seine Glieder schon so weit sind, sich gegenseitig über den Haufen zu schießen. Diese ungarnisch-französische Art der Ausschaltung von politischen Gegnern geschieht bei uns nie im Ausland seitens der bürgerlichen Parteien untereinander. Bei den Sozialdemokraten entstehen man sich über jedes derbe Wort, die Herren Bürgerlichen aber haben das Privileg, den Gegner durch einen kleinen Duellmord aus dem Wege zu räumen. Sie sind ja nicht so roh als wir. Der moralische Stand eines von Sozialdemokraten freien Dreiklassenhauses ist eben viel höher als der des plebejischen Reichstags, wo Arbeiter sich auf den Sesseln breit machen. Sie sind zu standesgemäßen Duellen von vornherein unsfähig.

Jack.

Roman von Alphonse Daubé.

Einzige autorisierte Uebertragung.

Der Heizer durchblätterte maschinellenmäßig diese Sammlung von Abrechnungen, die von seinen Händen befudelt und schwarz beschriftet wurde, je weiter er las. Und plötzlich, als er die Rahmen all seiner Hinter hier vereint und auf dem faltierten, dartsfarbigen Umschlag sich hinter abheben sah, erwachte etwas wie Gold in ihm. Eine Minute des Unwillens und der Wut überzeugte ihn, und aus der Tiefe seiner Höhle rief er, als ob sie ihn hätten sehen und hören können, mit geballten Fäusten ihnen zu: „Ah, Ihr Elenden, Ihr Elenden, was habt Ihr aus mir gemacht?“ Aber das war nur ein Blitz. Die Heizkammer und der Alkohol unterjochten bald diese aufrührerische Erregung, und die Abspannung, in welche sich der Unglückliche täglich mehr versetzte, hatte ihn bald wieder mit ihren grauen Schleiern bedekt.

Selbstam, die mehr und mehr Verstand erschloss, und sein Wille alle seine Spannkraft verlor, um so kräftiger schlägen sein Körper zu werden, da ein beständiger Trost ihn aufregte, unterhielt und nährte.

Sorgfältig bei seiner Arbeit, gewöhnt an das Schreckliche derselben, ertrug er mit derselben Gleichgültigkeit die langen und einformigen Tage der Ueberfahrt und die Stunden des Sturmes, jene in der Heizkammer doppelt lästigen Kämpfe mit dem Meer, die Sturzbögen, die Feuerstöße, die glühende, quer durch den Schiffsboden rollende Kohle. Für ihn vermischten sich diese schrecklichen Augenblicke mit den gewöhnlichen Träumen der Nächte.

War es nicht in einem dieser Träume, als Nacht, als der arme Heizer schlummerte, ein entsetzliches Schüttern den ganzen Schiffes erschütterte? Dieser trockne und direkte Stoß in die Klauen des Steamers, dieses schreckliche, von Kraken und Sprüngen begleitete Bertram, dieses Geräusch von innendem Wasser, diese katastrophal niederschlitternden, in kleinen Bächen verschwendenen Sprühsäulen, diese hastigen Schritte, dieses elektrische, einander entsprechende Räuspen, diese Erregung, diese Schreie, und besonders dieses unheilsvolle Schütteln der Schraube, wodurch das Schiff dem schwiegenden Schütteln des Schlingers preisgegeben wurde, — war all das nicht in einem Traum?

Seine Kameraden rufen, schütteln ihn: „Nad! Nad!“ Er rafft sich halbnackt auf. Die Wasserkammer steht schon zwei Fuß hoch unter Wasser. Die Bousole ist zerbrochen, die Schiffsleiter sind erloscht, die Riffelblätter umgestürzt. Man ruft man sucht einander in der Nacht, in dem Rorte: „Was gibt's? Was ist geschehen?“

„Ein Amerikaner ist mit uns zusammengetragen. Wir sind led. Rette sich, wer kann!“

Über oben auf der schmalen Leiter, nach welcher Heizer und Maschinisten sich drängen, erscheint stolz gekräfft der Molo, den Rebolber in der Faust.

„Dem Ersten, der sich vom Platz röhrt, zerschmettere ich das Maul. An die Feuerung, in Teufels Namen! und fest gesetzt. Das Land ist nicht mehr fern. Wir können es noch erreichen.“

Jeder lebt an seinen Posten zurück und arbeitet mit der Wut der Verzweiflung. In der Heizkammer ist es entsetzlich. Die zum ersten vollgebrosteten Ofen strömen einen blenden, gelben, stinkenden Rauch von durchzitternder Kohle aus, welcher die Arbeiter betäubt, während das Wasser trotz der Pumpen beständig steigt und alle Glieber durchschlägt. O, wie glücklich sind diejenigen, welche dort oben in der freien Luft des Deckes sterben werden! Hier ist es der abscheuliche Tod zwischen zwei großen, gußfertigen Wänden; ein Tod, der einem Selbstmorde ähnelt, weil er die gelähmten Kräfte zu völligen Sichpreisgeben zwingt.

Es ist zu Ende. Die Pumpen gehen nicht mehr. Die Ofen sind erloschen. Die Heizer stehen bis zu den Schultern im Wasser, und dieses Mal ist es der Molo selbst, der mit Donnerstimme gerufen hat: „Kinder, rette sich, wer kann!“

Die Geimkehr.

Auf dem Quai des Augustins hatte sich die „Rundschau der zukünftigen Massen“ eingefestet. Es ist ein schmaler, ruhiger Quai, auf der einen Seite von Buchhändlerläden, auf der anderen von Auslagenbrettern der Büchertreibhölzer eingeschlossen, und ein altes, von schweren Türen verschlossenes Haus aus dem letzten Jahrhundert.

Man hatte nicht aus Aufsatz dies abgelegene Viertel gewählt. In Paris werden die Journale und Publikationen gewöhnlich in dem Bezirk gegründet, welcher am besten für sie paßt. Im Mittelpunkt, nahe bei den großen Boulevards, treten die Magazine, die Weltblätter, ihre wie neue Stoffe nummerierten Umschlagdeckel aus. Im Quartier Latin wechseln die kleinen ehrenhaften Journale mit Reimversen zu Bildern und die gelehrten Schilder von medizinischen Buchhandlungen ab. Aber die gediegenen ernsten Rundschauen, welche Ziel und Plan vor sich haben, wählen ruhige, ländliche Straßen, in denen die Bewegung des vorüberfließenden Pariser ihre mühelossten gelehrten Nachbarthuren nicht zu sehr stört.

Die „Rundschau der zukünftigen Massen“, eine unabkömmlige und humanitäre Rundschau, war hier auf diesem vom Staube alter Schmidte durchzogenen Quai, in der Nähe der Académie, wo Charlotte lagte, wunderbar an ihrem Platz. Auch das Haus mit seinen alten, geschwungenen Balkonen, seinem wie vom Windsturm durchschüttelten Giebel, seinen breiten Treppen mit der verzierten, stattlich verschwundenen und trübseligen Rampe entsprach gar wohl dem Charakter der „Rundschau“. Weniger den sprach ihm das Aussehen und die Haltung der Redakteure.

Seit ungefähr sechs Monaten, dass die „Rundschau der zukünftigen Massen“ gegründet worden, hatte der erfahrene Herausgeber die Schwelle seiner Wohnung von dem schmutzigen, bigarrinen, et-

bärmlichsten Gelehrten der Pfennigliteratur überschritten lassen. „Sogar Reger und Ehrenstein kommen zu uns“, erzählte der unglückliche Verleger seinen Kollegen vom Quai des Augustins, und ich glaube, dass er damit auf Moronval anspielte, welcher einer der Stammgäste der „Rundschau“ und stets von einem kleinen warmen Bande“ begleitet war. Über Moronval war nicht der einzige häufige Besucher des ehemaligen Hauses, welches der Versammlungsort für alle Delassierten von Paris und der Umgegend geworden war, all jenseit trüblichen Wesen, die das Leben mit Manuskripten durchschwärzen, welche für ihre engen Mantel viel zu dick sind.

Ein Delassierter, der eine „Rundschau“ mit Geld, mit wirklichem Altkörpern, — heißt doch, welch trefflicher Fund! — fehlte, die Altkönige. Bis jetzt gab es deren nur zwei: d'Argenton natürlich und dann ... unser Freund Zad. Nach nicht: Zad war Altkönig der „Rundschau“ der zukünftigen Massen“. Er stürzte in den Büchern mit zehntausend Francs, den zehntausend Francs von „Gutfreund“. Zadivio hatte allerdings einige Bedenken gehabt, diese Summe, welche sie beim Kind bei seiner Großjährigkeit zu zulasten machen müsste, herartig anzulegen; aber sie hatte sich d'Argentons Gründen gefügt.

„Schau, begreif doch ein wenig. Das ist eine treffliche Ansage. Zahlen sind Zahlen. Bedenke nur, wie hoch die Akten der Revue des d'Argentons“ gestiegen sind. Gib's eine gleichzeitige Ansage? Ich will ja nicht behaupten, dass wir sofort ebenso große Vorteile gewähren werden. Aber rechne ich selbst nur auf ein Viertel davon, so stehen wir immer noch besser, als bei der Rente oder den Eisenbahnen. Ich habe ja auch nicht geschwankt, mein Geld anders anzulegen, um es in diese Geschäft zu stellen.“

In Anbetracht der wohlbekannten Anmauer des Dichters ließ sich auf dies Argument nichts entwirren.

In der Tat waren bis jetzt bei dem länglichen Mangel an Einnahmen die Ausgaben sehr schwer. Außer den Büros der „Rundschau“ hatte der Dichter im vierten Stock desselben Hauses eine schöne und große Wohnung gehabt, mit einem Balkon und der wunderbaren Aussicht auf die Altstadt, die Seine, Notre-Dame, die Dome, die Turmbücher, auf die über die Brücken rollenden Wagen und durch die Brücken laufenden Schiffe. Dort wohnte er weitestens, doch er lebte und arbeitete. Das war nicht mehr wie in seinem deplatzierten Minnel des Grünen Menschen, wo im Sommer eine täglich um drei Uhr das Atelier des Dichters durchhängende Glode wie das Ereignis des Tages erwartet wurde. Unmöglich, in solcher Leidenschaft zu arbeiten. Und doch hatte er den Mut gehabt, nach sechs Jahren einzusteigen. Aber was hatte er aus erzielt? Er setzte sechs Jahre an seine Kunst in Paris, und den geistigen Mittelpunkten, ich weiß nicht wieviel Studien, gründliche Artikel, Nobellen begonnen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Übersicht.

Das sächsische Wahlrechtskompromiss ist fertig. Wie nach der „Leipziger Volksitzung“ verlautet, haben 27 Konservative und 50 Nationalliberale ein Kompromiss in der Wahlrechtsfrage vereinbart. Man einigte sich auf ein reines Pluralwahlrecht ohne Gemeindevertreter. Es sollen drei Zusatzstimmen gewährt werden, und zwar auf Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen. Auf ein Einkommen von 1900 Mk. an soll eine Zusatzstimme erteilt werden. Für dieses Kompromiss ist die Zweidrittelmehrheit gesichert. Diesem Kompromiss ist eine stürmische Sitzung der konservativen Fraktion vorangegangen, in der Mehnert eine Niederlage erlitt. Über die Wahlrechtserteilung ist noch keine Einigung erzielt. Hohenhaus Abgang ist sicher. Als sein Nachfolger gilt Graf Vigilius von Schädt.

Die Sozialdemokraten als Treiber der Wahlrechtsbewegung. In dem größten Teil der freisinnigen Presse kann man jeden Tag lesen, daß die Taktik der Sozialdemokratie dem preußischen Wahlrechtskampf, der von den Reichen, Ritschke, Pachnicke so heldenhaft geführt werde, bloß falschlich sei. Andere Meinung ist die „Kreuzzeitung“, die doch sonst mit den freisinnigen Blockgenies so trefflich harmoniert, sie schreibt:

Man weiß in der preußischen Bevölkerung ganz genau, wo im Grunde genommen das Drängen nach einer Demokratisierung des Wahlrechts ausgeht. Man sieht ja, wie die Sozialdemokraten als Kreisler hinter dem Kreislauf her sind, und wie der Kreislauf wieder auf die Nationalliberalen drückt. . . . Das Auftreten der Wahlrechtskämpfer im jetzigen Momente war der größte und für die Sozialdemokratie vorteilhafteste Fehler, den die Liberalen jemals gemacht haben.

Im letzten Punkt stimmen ja die Führer des Blockfreisinnens wieder ganz mit der „Kreuzzeitung“ überein und sie bemühen sich, den „Fehler“ der Barth, Breitscheid und Gerlich nach Kräften wieder gut zu machen. Die Stellung der Sozialdemokratie im Wahlrechtskampfe wird aber von der „Kreuzzeitung“ im Gegenzug zur freisinnigen Presse ganz richtig gezeichnet. Die Sozialdemokratie ist treibende Kraft der preußischen Wahlrechtsbewegung und hat bisher sehr vorteilhaft operiert.

Das irreführende Wäßkenspiel mit dem Bloß. Wied nachgerade leidet nationalliberalen Blättern unerträglich. So schreibt die „Magdeburgische Zeitung“ unter der Überschrift „Die Wäsche ab!“ mit einer für ein rechtsnational-liberalen Organ ungewöhnlichen Deutlichkeit:

Es wird immer schwerer, von der Bloß-politik als von einer ernsthaften Sache zu sprechen. Vor mehr als Jahresfrist redete Fürst Bismarck den Spezialen, verschrieb er sich ihnen als den bis zum Tode agierenden „Führer“, um als Gegenleistung von ihnen ein ganz geringes Verständnis für die Berechtigung auch anderer, sogar der Börseninteressen zu erlangen. Denn darum kommt nun einmal die Bloßpolitik nicht herum. Jetzt hat er die Outing darüber: tatsächlich hat man in der Reichstagssitzung im Bunde mit dem Zentrum die Börsenvergabe nicht nur gestrichen, sondern statt der Willkürungen des Börsenrates, die sie bringen sollte, ist es zum Hoben einer Vertragung beschlossen. Ein rücksichtsvoller Schlag gegen das Bloßprogramm des Fürsten Bismarck läßt sich kaum vorstellen, und da er mit dem vollen Bewußtsein seiner politischen Bedeutung geführt worden sein muß, so wäre es ehrgeiziger verlassen, von der am 21. März beginnenden zweiten Beratung oder von den Verhandlungen im Plenum noch eine Verständigung zu erwarten.

Durchdringt sollte auch die Aenderung hergeführt werden? Was kann Fürst Bismarck noch tun, nachdem er beim Reichstag schon mit dem Rücktritt gedroht hat? Und der Erfolg, wenn er die Drobina wiederholte? Die Grafen Kantz und Schwerin reden doch offenbar mit der Möglichkeit, daß die Beitrümmerung des Bloß ihnen den agrarischen Kämpfern kosten muß. Es ist gut, daß die Kämpfer den Ergebnissen sich nehmeln . . .

Aber wenn einmal die Dinge so liegen, dann ist es besser, man gibt endlich allen Schein, alle Falschheit und Salfheit auf und nennt schwarz schwarz und weiß weiß.

In Preußen stehen Neuwahlen bevor, in denen es um ein modernes Wahlrecht gehen wird, an dem der Bloß ohnehin zerfällt. Daß die Konservativen jetzt auch im Reiche ihre Verbündeten und dem Zentrum gegen den Fürsten Bismarck und gegen die Linke die Hand reichen, kann nur dem preußischen Wahlrechtskampf und Machtlosigkeit des Bloßes mehrahnen.

In der „Post“ erklärt der Freiherr v. Redblich, daß der Bericht der „Wahlrechtskommission“ über die geplante Isolierung des Freisinnens bei den Landtagswahlen mit Ausnahmefällen einleitungsweise zustimmbar sei. Zu diesen Einleitungsfällen wird behauptet, die Regierung habe ein Interesse daran, die Bahlen möglichst früh anzusezen, um die freisinnige Wahlrechtsagitation einzudämmen und zu verhindern, daß die gemeinsame Agitation für die Wahlreform Freisinn und Sozialdemokratie im Wahlkampf zusammenführt. Dieses Gegeißelte gerät schon.

Reichstags-Wähler und Landtags-Wähler. Schon auf dem preußischen Parteitag wurde daraus aufmerksam gemacht, daß nur ein relativ kleiner Teil der Wähler, die im Jahre 1903 bei der Reichstagswahl für die Sozialdemokratie gestimmt hatten, auch als Urwähler bei der Landtagswahl dem sozialdemokratischen Wahlmann ihre Stimme gaben. Der Grund hierfür ist einmal, daß die Sozialdemokratie nicht in allen Kreisen mit voller Energie in den Kampf getreten, dann aber auch die Differenzialität der Stimmenabgabe. Im ganzen Staat betrug die Zahl der sozialdemokratischen Urwähler nur 19 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler. Freilich haben auch die anderen Parteien unter der Differenzialität zu leiden — bezogen doch die Wahlteilnahme im Jahre 1903 innerhalb des preußischen Staatsgebietes für die Reichstagswahl 75,5 Prozent, für die Landtagswahl nur 23,8 Prozent: doch zeigt sich hierbei ein wesentlicher Unterschied für die einzelnen Parteien. Bei der Reichstagswahl wurden innerhalb Preußens im Jahre 1903 insgesamt 5.768.728 Stimmen abgegeben; bei der Landtagswahl traten 1.671.618 Urwähler an den Wahllokalen. Wobei erhielten auf je 100 Reichstagswähler je 29 Landtagswähler. Von dieser Durchschnittszahl 29 reichten die entsprechenden Zahlen für die einzelnen Parteien

erheblich ab. In der folgenden Tabelle sind für die einzelnen Parteien die Zahl der Wähler bei der Reichstagswahl und der Landtagswahl 1903 angeführt; in der letzten Spalte ist der Anteil der Landtagswähler 1903 angesetzt; in der letzten Spalte ist die Partei auf je 100 Reichstagswähler zählende. Die beiden konservativen Parteien sind dabei zusammengefaßt, ebenso die beiden freisinnigen Gruppen; auch die Reichstagswahlziffern bestehen sich natürlich nur auf das preußische Staatsgebiet.

Parteien	Reichstagswahl 1903	Landtagswahl 1903	auf 100 Reichstagswähler entfallen
Konservative : :	1.068.117	373.189	34,8
Nationalliberale : :	664.734	266.220	39,5
Freisinnige : :	549.094	89.940	16,4
Zentrum : :	1.150.389	261.958	21,9
Polen : :	847.784	171.978	4,94
Sozialdemokraten : :	1.649.998	814.149	49,0

Über der Verhältniszahl 29 stehen die Konservativen, Nationalliberalen und Polen. Die letzten nehmen eine Ausnahmestellung ein; sie zählen bei der Landtagswahl fast die Hälfte ihrer Wähler bei der Reichstagswahl wieder; die Eigenart des Nationalitätenkampfes bedingt diese Sonderstellung, wie ja auch die Polen, in denen die Polen eine Rolle spielen, zu den wenigen mit starker Wahlbeteiligung gehören. Die Konservativen und Nationalliberalen finden die Unterstützung des Beamtenapparates; dazu kommt, daß die Konservativen als Krautjunker, die Nationalliberalen als Schlotbarone laufende von Wählern bei öffentlicher Stimmabgabe als Stimmvieh zum Wahllokal zwingen. Die Leidtragenden sind der Freisinn, das Zentrum und die Sozialdemokraten; sie bleiben sämtlich unter der Durchschnittsziffer von 29. In der Wile steht mit 19,0 Prozent die Sozialdemokratie, von der wir bereits eingangs sprachen. Am schlechtesten schneiden die Freisinnigen mit 16,4 Prozent ab, ob sie jetzt auf die Sonne der Regierungsgnade und die Huld des Bloßbrüder rechnen dürfen? Ein wenig ungünstiger steht das Zentrum da, das in seiner Kapitalokratie eine gewisse Stütze findet.

Auch diese Betrachtungen zeigen, wie nötig für die große Masse der Bevölkerung — gleichgültig welcher Partei sie sich zuwenden — die Beseitigung des elendesten aller Wahlsysteme und sein Erfolg durch das Reichstagswahlrecht ist.

Reichstag. Der Reichstag setzte am Montag die Durchsetzung des Staatsforts. Trotz der großen Stille, die die Mehrheitsparteien markieren, wurde eine unmaße Zeit auf agrarische Wünsche verschwendet. Nicht weniger als vier Stunden unterhielt man sich über die angeblich zu lage Handhabung der Bestimmungen über die Behandlung der Frau- und Kinderergaertner bei der Verzollung. Unsere Genossen haben definitiv schon bei der Vollversammlung auf die Unmöglichkeit einer genauen Unterscheidung hingewiesen. Genosse Südekum konnte in seiner Rede auf diese Vorauslage beziehen und nannte ebenso wie der Freisinnige Garvens als den wahren Zweck der Resolution eine Erhöhung des Gesellenpreises, das heißt eine Schädigung der Konsumen zu Gunsten einer kleinen agrarischen Interessentenpartei. Schließlich wurde die am wenigsten weitgehende der zu dieser Frage eingebrachten Resolutionen angenommen. — Beim Entschluß des Reichstagsaktes brachte Genosse Südekum einen geradezu empörenden Fall zur Sprache, der beweist, wie entgegen den freien Gesetzesbestimmungen bei der Wiederaufnahme der Veteranenabschüsse politische Gesichtspunkte den Ausschlag geben. Am Abend wird die parlamentarische Schnellarbeitsmaschine weiter funktionieren.

Die Aufhebung der geistlichen Schulabsicht ist nun auch in Oldenburg zu erwarten. Vom oldenburgischen Landtag wurden die Leitsätze des Abgeordneten Lohm zum neuen Schulgesetz angenommen. Von besonderer Wichtigkeit ist der dritte Leitsatz, der die Aufschaltung der geistlichen Schulausübung fordert. Neben diesen Leitsatz entpans sich eine leidenschaftliche Debatte zwischen den Zentrumsbürgern aus dem katholischen Münsterlande einerseits und den liberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten andererseits. Der Regierungsvorsteher erklärte im Auftrage des erkrankten Minister Rüdiger, der Minister sei prinzipiell mit der Trennung der Katholizität von der Ortschaftsausübung einverstanden, jedoch sei für die Betriebsaufsicht der Geistliche der gegebene Mann. Er solle aber zunächst mit diesem Amt vom Ortschulcollegium beauftragt werden. Der Geistliche würde also nicht selbständig neben dem Schulvorstande, sondern er wäre Delegat für bestimmte Angelegenheiten, über die er beim Schulcollegium zu berichten habe. Diese Aufsicht könnte auch bei mehrjährigen Schulen in die Hände der Schulleiter gelegt werden.

Daß der Geistliche der „gegebene“ Mann für die Schulabsicht sei, wird dem Minister Rüdiger jeder erfahrene Pädagoge bestreiten. Die Geistlichkeit soll sich um die Kirche kümmern, aber die Schule den Schulmänner loslösen. Diese Freuden ja auch nicht darin, sich in theologische Dinge einzumischen zu wollen. Hat schon einmal ein Leiter einer Schule verlangt, den Geistlichen überwinden zu dürfen?

Ein Nachspiel zum Bismarck-Brand-Prozeß. Gestern begann vor dem Münchener Schöffengericht ein Verleumdungsprozeß, der vielleicht aussichtsreich geben dürfte, auf welche Weise die seiner Zeit von dem zu schwerer Gefängnisurtheil verurteilten Schriftsteller Adolph Brand gegen den Reichsbeamten Fürsten Bismarck erhobene Beschuldigung der Homosexualität zurückzuführen ist. Es handelt sich um die Bekämpfungslage des Großen Günther v. d. Schulenburg gegen den Rebellen Hans Fischer, der unter seinem Schriftstellernamen Curt Kraus bis hier erscheinende Gonorrhöe „Fritz“ verantwortlich gehalten. Der Name des Großen Günther v. d. Schulenburg, der ein Verwandter des Fürsten Bismarck ist, hat die Öffentlichkeit schon mehrfach in Verbindung mit unschönen Affären beschäftigt. Der einzige Sohn wurde Groß-Schulenburg in Köln a. Rh. in einer Fabrikstadt polizeilich fixiert, weil er einen Anstand in unsittlicher Absicht entgegenseitig waren. Graf Günther v. d. Schulenburg war zum Katholizismus übergetreten und verachtete viel mit dem vorherigen Reichstagsabgeordneten Cappon Toscani. Bekanntlich kam aus desselben Kreis, in denen die Angriffe gegen den Reichsbeamten Fürsten Bismarck erfolgten, Anschuldigungen gegen Cappon Toscani nach derselben Richtung hin erhoben worden, für die aber ein Beweis ebenfalls nicht erbracht werden konnte. Graf v. d. Schulenburg ist auch im Wahlkampf mehrfach hereingeschritten, in dem er bemüht war, ein Bündnismandat zu erringen. Er ist von den politischen Kreisen zurückgestoßen worden. Der Fritz brachte im Kontakt mit dem Bismarck-Brand-Prozeß einen Artikel mit der Überschrift: „Der deutsche Reichsbeamter im Reichstag“. In dem Artikel hieß es: „Großer Enthüllungsgong sollte beim Grafen Günther v. d. Schulenburg Herr auf Seite und Abwehrseite sein. Ein feindseliges Mandat, das bei mir den . . . Cappon Toscani gesammelt und einmal gegen einen Klienten auf einen böschigen Anwalt in Köln einheimisch gelöst werden will. Der Kriegsanzug dieses dunklen Unternehmens, der auf die Erregung eines Reichstagsmandates ging, fand bei der Reichstagsleitung seine Gehör.“ Als Krieger einer Schwester des Reichsbeamten und als ehriger Krieger schreibt ihn dieser schwere Günther als Zeuge des Sozialisten für 100 Bismarck: „Ich erzähle das hier, damit der alte Kriegsgeist und die Güte“.

Wie aus Port au Prince berichtet wird, sind die jetzt gegen Bismarck ohne Urteilung wegen Teilnahme an einem Komplott erschossen worden. In der französischen Legation befinden sich elf Personen, welche Zustand vor der Regierung suchen. War er nicht möglich das Schwesen eines französischen und eines englischen Kriegers. Man fürchtet für das Gefängnis der Weißen.

Aus Port au Prince wird gemeldet: Der deutsche Gesandte bringt um schändliche Entlastung eines Kriegsgefangenen. Der französische Konsul Eléot geht nach Guadalupe, wo ein Kriegsgefangener ist, der Sozialist für 100 Bismarck: „Ich erzähle das hier, damit der alte Kriegsgeist und die Güte“.

Urheber des Uebels ebensoviel vor den gerichtlichen Schranken, wie die Grafen Harry Llynn und Willi Hodenau. Gegen dieses Urteil hat Graf Günther v. d. Schulenburg die Bekämpfungsklage erhoben. Sein Vertreter ist Reichsbeamter Dr. Krah (München). Den Vorsitz im Gerichtshof führt Oberlandesgerichtsrat Mayer, der auch bei dem Hoftheaterprozeß und bei dem Münchener Prozeß präsidierte. Der Verteidiger, Medizieur Hans Fischer, wird durch Justizrat Dr. Vogt vertreten (München) vertreten, der eine Reihe von Zeugen, unter anderen Kriminalkommissar von Tresckow (Berlin) geladen hat. Man sieht dem Prozeß mit großem Interesse entgegen.

Ausland.

Blutige Märzfeier in Ungarn. Die Märzfeier in Budapest vollzog sich in traditioneller Weise durch Aufzüge von Studenten und Arbeitern. Nach einer Kundgebung vor dem Petofi-Denkmal zogen die Arbeiter durch die innere Stadt, wo vor dem Nationaltheater eine große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht erfolgte. Hier wurden wieder Revoltschüsse abgefeuert. Die Polizei schritt mit blauer Waffe ein, aufzogte die Demonstranten und nahm viele Verhaftungen vor. In vielen Punkten der Stadt siedelten Patrouillen. In den Straßen erneuerten sich gestern die Krawalle. Die Polizei ging sehr scharf vor und hörte auf „rächen aus“.

Aus dem Range der Bombenanschläge. Der letzte Bombenanschlag in Barcelona hat die allgemeine Aufregung über die Häufung der terroristischen Verbrechen noch gesteigert. Die Presse schreibt die Verantwortung auf die Republik, die trotz aller Ausnahmemaßnahmen gegen die bürgerlichen Freiheiten und gegen die Befreiungen sich unschuldig erwiese, die Ruhe wiederherzustellen.

Eine Arbeitslosenbedarfe im englischen Unterhause. Im Unterhause wurde am Freitag über die von der Arbeiterpartei und einigen Radikalen eingebrachte Arbeitslosenbill verhandelt. Erst legt der Vorsitzende die Verpflichtung an, jedem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder ihn zu unterhalten. Der Entwurf sieht auch die Behandlung arbeitsloser Personen vor. Macdonald erklärte, daß die Arbeiterpartei den Grundzustand des Reiches auf Arbeit vertrete. Schlaganzug 8 quält trat der Bill entgegen, es handele sich um einen neuen Grundzustand. Sollte er annehmen finden, würde dies zu Schlüssen führen, die das Problem der Arbeitslosen noch bedeutend schwieriger gestalten. Die Regierung ist indessen mit dem gegenwärtigen Gesetz nicht einverstanden und werde irgend eine praktische Maßnahme einführen, um diesem brennenden Problem entgegenzutreten. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung mit 265 gegen 116 Stimmen abgelehnt und mit 241 gegen 96 Stimmen eine Resolution Maddison (Arbeiterpartei) angenommen, die die Erwartung ausdrückt, daß die Regierung sofort die Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit treffen werde, die in dem zu erwartenden Bericht der Armeekommission vorgeschlagen wurden.

Der russische Militarismus. Die in Genf erschienende „Stimme des Sozialdemokraten“ bringt in ihrer ersten Nummer eine Anzahl instruktiver Daten über den russischen Militarismus, die die Tendenzen der russischen auswärtigen Politik gross beleuchten. In seinem europäischen Staate ist der Militarismus während des letzten Jahrzehntes so enorm gewachsen, wie in Russland. Im Jahre 1899 wurden einberufen 291.000 Rekruten, 1903 — 320.000, 1904 (im ersten Kriegsjahr) 447.000 und 1907 (also zwei Jahre nach Beendigung des Krieges) nicht weniger als 463.000! Im Verlauf von acht Jahren hat also der Bestand der Armee um 60 Prozent zugenommen. Es war nicht nur die Durchsetzung des inneren Frieden, die die herrschende Elite veranlaßte, den Bestand der Armee zu vermehren, sondern auch der geheime Wunsch, sich für den verlorenen Krieg durch neue kriegerische Abenteuer zu rebeschließen. Obwohl der Minister des Auswärtigen, Izvolsky, noch die Lage in der Duma versicherte, Russland suchte keine Ruhe, und die „gegenwärtige Lage im fernen Osten“ hielt keinerlei Veranlassung zur leichten Beunruhigung“, weisen die Maßnahmen der Regierung unzweckmäßig darauf hin, daß ihr ganzes Streben darauf gerichtet ist, neue kriegerische Verdwicklungen heraufzubeschwören. Ohne die Zustimmung der Duma abzuwarten, schritt die Regierung an den Bau der zirka 2000 Kilometer langen Amurbahn, die nach der Errichtung des Obersien Thothainzett, des Vertrages des Militärressorts in der Durnakommission, eine Lebensfrage für die Lage Russlands im fernen Osten bedeutet. Zugleich wird in militärischen Kreisen die Frage erörtert, eine ganze Reihe von Befestigungen, für die insgesamt mindestens 492 Millionen erforderlich sind, an den Ufern des stillen Ozeans aufzuführen, und ein Flottenprogramm von der Regierung aufgestellt, das nach Ansicht von Spezialisten die Summe von drei einhundert fünfzigtausend im Verlauf von zwölf Jahren erfordert. Wenn zu dieser Summe die Aufwendungen hinzugefügt werden, die nach dem detaillierten Programm des Militärressorts für die Reorganisation der Armee notwendig sind, so bekommen wir die Summe von funfzehnhundert Millionen Rubel, die nach Ansicht der Regierung während des nächsten Jahrzehnts erforderlich ist, um die militärische Schlagnahmefähigkeit des Landes zu sichern. Angesichts solcher Pläne der Zarenregierung fliegen die Friedensbefürworter Izvolsky wie blutiger Hahn, namentlich jetzt, da die russische Diplomatie erstmals an der Arbeit ist, neuen Hindernissen in die europäische Politik hineingezogen (das Projekt der Befestigung der Alandsinseln usw.).

Der wahre Charakter des russischen Militarismus tritt um so droster her vor, wenn wir uns die Aufnahme ver gegen gewidmeten, die kriegerischen Pläne der Regierung bei der politischen Vertretern des russischen Großbürgertums, der Okkidentenpartei, gesunden haben. Die Okkidenten billigen voll und ganz den Bau der Amurbahn, die Aufführung von Befestigungen im fernen Osten, die weitgehende Reorganisation der Armee usw., und sind sogar — entgegen ihren bisherigen Auffassungen — aus russischen Materialien erbaut wird. Da liegt der Grund begründet! Die Okkidenten wissen sehr gut, daß der russische Militarismus sogar dann, wenn er neue Märkte erobert, die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes und seinen Aufschwung der Industrie hemmt: sie erkennen selbst an, daß der Bau einer neuen Flotte den finanziellen Ruin Russlands bedeuten — und trotzdem sind sie bereit, Hunderte von Millionen herzugeben, um das militärische Ansehen des Reiches zu festigen, wenn diese der „vaterländischen Industrie“ zu gute kommen.

Äuferne Kuren in Haiti. Die Regierung von Haiti hat eine Armada von Schiffen, die zur Teilnahme an einem Komplott bestimmt wurden, festgehalten und nach kanadischem Verfahren erledigen lassen.

Wie aus Port au Prince berichtet wird, sind die jetzt gegen Bismarck ohne Urteilung wegen Teilnahme an einem Komplott erschossen worden. In der französischen Legation befinden sich elf Personen, welche Zustand vor der Regierung suchen. War er nicht möglich das Schwesen eines französischen und eines englischen Kriegers. Man fürchtet für das Gefängnis der Weißen.

Aus Port au Prince wird gemeldet: Der deutsche Gesandte bringt um schändliche Entlastung eines Kriegsgefangenen. Der französische Konsul Eléot geht nach Guadalupe, wo ein Kriegsgefangener ist, der Sozialist für 100 Bismarck: „Ich erzähle das hier, damit der alte Kriegsgeist und die Güte“.

Unternehmerboykott gegen eine sozialistische Stadtkommune. Esbjerg, jene stark expandierende westküstliche Hafenstadt, von wo aus die Produkte der dänischen Wirtschaft in Waffen nach England exportiert werden, soll in ihrer Eigenschaft als Stadtkommune vom Unternehmertum Dänemarks boykottiert werden. Schon vor einiger Zeit verhandeln die Unternehmerorganisationen von Esbjerg die Aussöderung an ihre Klassengenossen im ganzen Lande, für diese Gemeinde die letzte Arbeit zu übernehmen und ihr keinen Platz mehr zu liefern. Das hat offenbar nicht genug gewirkt, denn nun rückt der Kaufvorstand des dänischen Arbeitgeberverbandes an alle seine Mitglieder dieselbe Aussöderung. Dieser Boykott, der die Entwicklung der Stadtlahmlegen und namenslich die Aussöderung städtischer Bauten unverhältnismäßig machen soll, richtet sich gegen den Kommunensozialismus, den die Meisterklasse, die Kräfte der handwerklichen Unternehmen, selbst durch wucherische Lebhaftigkeit der Gemeinde bei Subvention städtischer Arbeiten möglich gefordert haben. Der sozialdemokratischen Mehrheit des Gemeinderats ist es zu danken, daß diese unanständigen Praktiken aufgedeckt und die Bauten dann in städtische Rechte übernommen wurden. Der Boykott wird, wenn er überhaupt nicht von vornherein ins Wasser fällt, nur zur Folge haben, daß die Aussöderung des Unternehmertums bei den Arbeiten und Lieferungen für die Stadt sich um so schneller und gründlicher vollzieht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. März.

* Das Vereinshaus der Vereinigten Fleischerzunft kein gewerbliches Unternehmen. Der Hausmeister ist mit dem Verwalter des Vereinshauses in Differenzen geraten, gemäß des Dienstrechtes war er verpflichtet, neben den baulichen Arbeiten dem Maschinenmeister der elektrischen Anlage zeitweise beihilflich zu sein. Er habe sich jedoch in letzter Zeit geweigert, angeblich weil er mit dem Maschinenmeister nicht auskommen könne, das Maschinenhaus zu betreten. Der Verwalter mußte für diesen Dienst eine andere Hilfskraft anstellen, aber der Lohn für diese wurde vom Gehalt des Hausmeisters in Abzug gebracht. Dieser Abzug — er beträgt 40 M. — war der Klagegrund. Das Gewerbe ergreift er klar zu und fordert zur Entschiedung für unzulänglich, indem es den Kläger als Haushalter nicht als gewerblichen Arbeiter und das Innungsgebäude nicht als ein gewerbliches Unternehmen ansah. — So zweitens: ohne möchten wir das Urteil nicht halten, denn die ganze Art der Verwendung dieses Namens zeigt, daß es nichts anderes ist als ein gewerbliches Unternehmen.

* Der Verband der Böttcher beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung mit den verschiedenen Anträgen zur Generalversammlung. Die hiesige Fikiale läßt ihrem Delegierten in jeder Hinsicht freie Hand, nur in Bezug auf den Anschluß an den Holzarbeiterverband gibt sie ihm auf, gegen eine Verschmelzung zu stimmen. Die Delegaten wurden ermahnt, sich vollzählig an den Versammlungen am 18. März zu beteiligen. Der Standpunkt, den die letzte Versammlung hinsichtlich des Bezuges von Fässern von außerhalb durch die hiesigen Brauereien eingenommen hat, wurde vom Kollegen Gerlach als unhaltbar gekennzeichnet. Dieser Standpunkt könnte nur in Bezug auf Streikarbeit oder Arbeiten, die von Streikbrechern angefertigt werden, Geltung haben. Das Kartell könnte auch nur in solchen Fällen einschreiten. Auch die Vermutung, daß die gegenwärtig so hohe Brantenziffer in der Haasebrauerei auf besonders mangelhafte sanitäre Verhältnisse im Betriebe zurückzuführen sei, ist nicht richtig. Auch dürfe es nicht wieder vor kommen, daß man auf bloße Vermutungen gegründete Berichte der „Volkswoche“ einsendet. An die Deffentlichkeit durfte sich der Verband nur mit beweisen Sachen werden. Da die Krise sich auch im Böttcherberufe bereits bemerkbar macht, wurde beschlossen, zur Unterstützung von Arbeitslosen Sammelsystem herauszugeben.

* In der Freien Jugendorganisation Breslau hielt Kollege Radloß in der letzten Sonnabend statthaften Mitgliederversammlung seinen Schlussvortrag über den deutschen Bauernkrieg. Für die nächsten Monate sind Vorträge geplant über die englische, französische und deutsche Revolution.

Der Vorsitzende machte zum Schluss auf das Sonnabend, den 21. März, im „Gewerkschaftshaus“ stattfindende Sitzungssfest aufmerksam. Es wird erwartet, daß das Fest von der allgemeinen Arbeiterbewegung petzt, da diese an der Entwicklung der Jugendorganisation ein hohes Interesse hat. Einem Antrag, die Mitgliederversammlungen in Zukunft Sonntags abzuhalten, wurde zugestimmt. Demgemäß findet die nächste Versammlung Sonntag, den 29. März, Nachmittag 4 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ statt. Herr Gaßmann wird einen Vortrag halten über den Besuch eines Bergmanns.

* Achtung, Fleischer! Eine Verbands-Versammlung findet Donnerstag, den 19. März, Abends 9 Uhr, im Hotel „Scala“, Nikolaistraße 27, parterre rechts, statt. Unter anderem: Abstimmung über die geplante Verschmelzung zum „Nahrungsmittel-Industriearbeiterverband“!

* Die Bäckergesellen veranstalteten eine Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr, im Bäckereihaus „Scala“, Nikolaistraße 27. Unter anderem: Abstimmung über die Verschmelzung zum „Nahrungsmittel-Industriearbeiterverband“.

* Ausstellung Breslau 1908. Für die vom 7.—25. Mai dieses Jahres im Städtischen Friedberg stattfindende Ausstellung für Wohnungswesen, Handwirtschaft und Volksernährung macht sich jetzt, nochdem alle vorbereitenden Arbeiten zum Abschluß gelangt sind, das lebhafte Interess allerhand bemerkbar.

Die vom Verband deutscher Mietervereine und dem Breslauer Mieter-Verein ins Leben gerufene Veranstaltung soll ein vollständiges übersichtliches Bild geben aller Neuerungen und Verbesserungen, welche bezüglich auf das Wohnungswesen, die Bausubstanz und Volksernährung.

Die Wichtigkeit der Bestrebungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens erkennt, haben eine große Reihe deutscher Städteverwaltungen ihre Beteiligung an der Ausstellung zugesagt und viele Bau-Vereine und Genossenschaften bewickeln bereits die Anmeldung.

* In einem „Bauzen-Abend“ lud zu Sonntag der Humboldt-Verein ein. Dr. Alfred Dargatz, Berlin, rezitierte mehr oder minder heitere Soden von Busch, Schleier, S. Wehring, Ostini und Heine. Eine veraltete Novelle von Tolstoi: „Vatkom“ worin der Russ die Notwendigkeit der Bedürfnislosigkeit predicht, nannte er selbstverständlich „das Bedeutendste, das die Weltliteratur hervorgebracht“ habe, und an einer stumpfsinnig-geschmacklosen Militärbürokratie von Schleier verschwendete er scharf Eiser und Kraft, als gelte es, Wunderwerke der Literatur die Wege zu ebnen. Für uns war lediglich interessant zu beobachten, wie das Publikum (zum großen Teil wenigstens) der blöden Geschichte von den herunterzuschüttenden Hosen eines Soldaten soviel, dem häbischen und geistreichen Baldwin Blähman, von Busch dagegen nur sehr wenig Gesicht abgewinnen konnte. Möglicher, daß daran auch die wenig ansprechende Vortragsart des Regators einen Teil der Schuld trug.

* Sommerkonzerte im Südpark. Mit Genehmigung des Magistrats veranstaltet der Breslauer Orchesterverein im kommenden Sommer vom 15. Mai bis 1. September im Südpark jeden Mittwoch und Sonnabend Abend 17,8 Uhr Sommerkonzerte und zwar bei glasklarem Wetter im Garten (Restaurationsplatz), bei ungünstigem Wetter im Saale. Die Konzerte werden ausgetragen von dem auf 12 Musiker verstarkten Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Hermann Behr. Während der Konzerte wird der Restaurationsplatz belegt. (Bei schlechtem Wetter) der Saal abgesperrt werden.

* Zu früh gelobt haben wir die Eigentümer unserer Zeitung „Ritter“. Sie sind nicht, wie die „Schlesier“. Sie schreibt mitteile, was sie geschieht, was sie nicht geschieht, was sie nicht kann. Das auf der Pfeilspitze prangen kann wie vor 100 Jahren ist.

* Schanstellungen nach Vogelschlag. Raum sind die ersten Stare erschienen und weisen auf den Gipfeln der Bäume gleichsam den Wind auf, so rücken auch die, von manchen Vogelaristoiden recht gern gesuchten Schanstellungen auf ihre Plätze. Am Sonntag sind die Eröffnungen dieser Belästigungen am Westpark und an der Weinstraße statt. Am Westpark haben große Karussells neuerster Konstruktion, Schaukeln, Schießen, Wagenläufen, Räubertheater usw. Aufstellung genommen. Die lustigen Melodien der Orgeln locken in den Nachmittags- und Abendstunden das schaulustige Publikum trotz des eisigen Nordwindes recht zahlreich herbei. Sehr liebt die Räte alle und jana nur zu bald wieder heimwärts.

* Eine zwanzigmark-Bigeunerin ist jetzt ermittelt worden. Der Polizeibericht meldet darüber: Am 17. d. Ms. fand sich anscheinend dieselbe Beigenerin, die zu einer Bienerverbande gehört, in einem Geschäft auf der Gartenstraße ein und machte einen unbedeutenden Einsturz. Trotzdem sie kleines Geld hatte, hat sie, ihr ein Zwanzigmarksstück zu wechseln. Die Geschäftsinhaberin schöpft nun Verdacht und veranlaßte die Festnahme der Person.

* Vermißt wird seit dem 29. v. Ms. das 17 Jahre alte Mädchen Gertrud Martin, deren Eltern Berliner Chaussee 48 wohnen.

* Diebstähle. Aus einer Waschküche wurde ein Damasttisch und drei Servietten gestohlen. — Von einem Rollwagen wurde eine Katerine gestohlen. — Einer Witwe wurde in einem Geschäft auf der Schmiedebrücke ein Portemonnaie mit drei Mark entwendet. — Aus einem Vorzimmer wurde ein Bettlädchen, eine Wanne und ein Waschbrett gestohlen. — Einem Belehrungsbeamten wurde in einem Café ein dunkler Winterüberzug mit Samttagen gestohlen. — Einem Schüler wurde aus dem Schulhaus auf der Fürstenstraße eine blaue Schlämme gestohlen. — Aus der Wohnung eines Knüfers auf der Ohlauer Chaussee wurden 41 M. gestohlen.

* Postzettelche Wiedergabe. Im das Postzettelchen werden am 11 d. M. 20 Briefen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Handtasche, ein leinenner Vorhang, ein Spazierstock, ein Guittarmuth, ein Umschlagetui und ein goldener Ring mit rotem Stein. — Abholen kannen: eine goldene Brosche, ein goldener Trauring, ein Pinces, eine Golddner-Schlüsselkette und ein Kettenarmband. — Breslau ist ein Pueblo.

Aus den Gerichtssälen.

Gefährliche Penitentiarien.

Der Buchhalter Georg P. wollte seinen Eltern zeigen, daß er schon sehr viel Geld gespart habe. Im August v. J. ließ er sich deshalb ein Satteltaschenbuch über eine Mark ausspielen. Die Jahreszahl 1907 änderte er dann in 1906 um und in dem Buch nahm er „monatliche Eintragungen“ vor, sodass das Buch schließlich auf 501 Mark lautete. Bei einer Gelegenheit brauchte er dann einmal Geld. Er wandte sich an den Filialleiter einer hiesigen Spargartensfirma, mit dem er bestreund war und bei dem er zu kaufen pflegte und borgte sich hundert Mark, die dieser der Geschäftskasse entnahm. Sowas wurde ihm der Freund das Geld auch ohne Sicherheit auf kurze Zeit anvertraut haben, P. aber gab, um alle Bedenken von vorherher zu zerstreuen, das gefälschte Satteltaschenbuch als Pfand hin. Das sollte ihm zum Verhängnis werden. Am anderen Tag schickte er dem Freunde 80 Mark zurück. Inzwischen aber hatte der Direktor der Firma in der Filiale eine Revision vorgenommen und die Angabe eines Darlehns aus der Geschäftskasse getadelt. Der Geschäftsführer gab deshalb dem Boten die 85 Mark mit dem Bemerken wieder, daß er das ganze Geld brauche. Wieder einen Tag später schickte P. dem Freunde zuerst nur 50 Mark und dann noch 25 Mark mit der Mitteilung, die letzten 25 Mark werde er am Nachmittag beglichen. Der Freunde mußte aber das Ganze haben und schickte einen Laufburschen nach der Sparkasse, um von dem Buch 25 Mark zu erheben. Dort wurde die Fällung zugleich entdeckt und P. kam unter Anklage. Das Breslauer Schwurgericht hat jetzt wegen schwerer Urkundensfälschung auf vier Monate Gefängnis erkannt.

Neueste Nachrichten.

Eine freisinnige Verwahrung.

Berlin, 17. März. (S. L.-B.) Die „Freiheit-Bla.“ veröffentlicht folgende Verwahrung: In den letzten Tagen ist in der Presse wiederholt die Rede davon gewesen, daß die Freisinnigen, um eine ihnen angenehme Fassung des Börsengesetzes zu erreichen, geneigt seien würden, in Bezug auf den Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes Konzessionen zu machen. Demgegenüber wird betont, daß die Freisinnigen es ablehnen, das Börsengesetz und das Vereinsgesetz zum Gegenstand eines Kuhhandels zu machen, daß sie sich nicht dazu verstehen können, wider ihre Überzeugung für ein Gesetz zu stimmen, um auf der anderen Seite Konzessionen zu erhalten.

Das Ehrengericht gegen Genossen Liebknecht.

Berlin, 17. März. (S. L.-B.) Das Kammergericht hat auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts das Hauptverfahren gegen den Rechtsanwalt Dr. Liebknecht im ehrengerichtlichen Verfahren angeordnet.

Das beruhigte Portugal.

Madrid, 17. März. (S. L.-B.) Wie aus Lissabon telegraphiert wird, wurde dort eine Verschwörung zu Gunsten einer Militärdiktatur entdeckt, in die der Diplomat Miguel Braga verwickelt sein soll. Dieser lehnt jede Beteiligung an der Verschwörung ab. Eine Anzahl Verschwörer wurde verhaftet.

Berlin, 17. März. (S. L.-B.) Eine Familien-Tragödie die sich gestern Nachmittag im Hause Eisfelderstraße 4 abspielte schreckt die 18jährige Tochter des Haushalters Beyer in einem Anfall von Verzweiflung nach vorausgegangenem Streit mit ihrer Schwiegermutter ihm elf Monate alten Tochterchen mit der Schere den Hals zuschnürt durch, worauf es zum Fenster in den Hof hinab und sprang dann selbst hinunter. Mutter und Kind sind tot.

Hannover, 17. März. (S. L.-B.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Gestern Abend gegen 10 Uhr fuhr in der Wolfstraße eine Automobilfrosch von hinten in eine Militärdroschine von vier Mann. Alle vier gerieten unter das Autogeschloß. Einer ist, dem „Hann. Courier“ zufolge, schwer, die drei anderen sind leicht verletzt.

Halbe, 17. März. Die Direktion des Eisen- und Stahlwerkes Halbe hat, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, gestern eine Herabsetzung der Löhne von 7—15 Proz. beschlossen, infolgedessen haben ungefähr 1600 Arbeiter ihre Kundgebung eingereicht.

Böckum, 17. März. (S. L.-B.) Auf der Börse General ist insbesondere ein Streit der Schlepper und Pferdekreiber ausgebrochen.

Düsseldorf, 17. März. (S. L.-B.) Infolge eines hier ausgetrockneten Streites der Börsenräder waren die Börsenläden nur in vereinfachter Form geschlossen.

Toulon, 17. März. (S. L.-B.) Der deutsche Dampfer „Bandana“ hat gestern sieben Schiffbrüchige des französischen Schiffs „Liberté“ gelandet.

London, 17. März. (S. L.-B.) Wie aus London berichtet wird, besteht dort und in Südkorea große Unsicherheit in Folge des Krieges. Spanien bedroht einen neuen Einfall in das marokkanische Gebiet. (S.)

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 17. März.

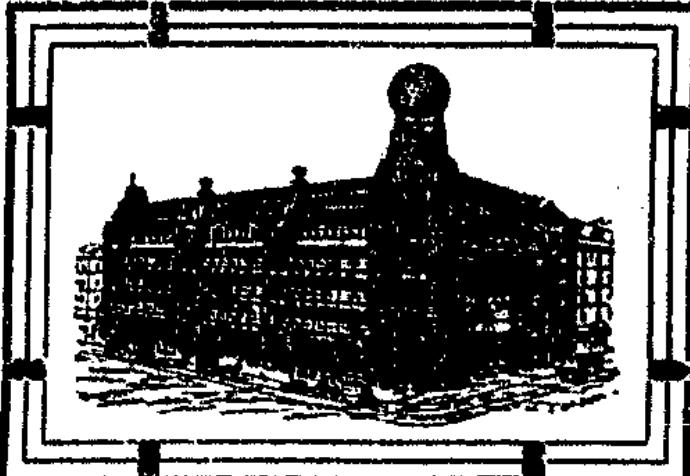
	Heute 17. Mrz	Wind	Nebel	Reg.	Win.	Wetter
Bresl. Steinau	-1	SO 2	0	2	-1	Schnee
Königshofen	-1	O 1	0	1	-1	
Stettin O.S.	-1	O 1	0	0	-4	bedeckt
Gabelschiwerdt	-2	M 0	gering	0	-2	bedeckt
Görlitz	-1	NS 1	gering	1	-2	Schnei
Grünberg	-2	SO 2	0	1	-2	bedeckt
Ostrau	-2	O 3	0	1	-3	heiter

Standesamtliche Nachrichten.

Zodesfälle.

III. Wachstuchabsolvent Wilhelm Lütte, 75 J. — Maurice Emma Höhn, geb. Werner, 50 J. — Ehefrau Paul Kostil, 35 J. — Pensionierter Gefangenenaufseher Adolf Komösi, 68 J. — Marie Gottlieb Bippel, 88 J. — Früher Musikkapitän Sophie Dietrich, geb. Gräsel, 81 J. — Wirtschafterin Marie Kraus, 40 J. — Pensionierter Eisenbahnschaffner Thomas Müller, 66 J. — Ordensschwester Maria Briener, 81 J. — Feld. Küchler August Schöpke, 60 J. — Clara, T. des Bäckers Richard Sieber, 1 J. — Mor. G. des Schuhmachers August Böhl, 6 J. — Hedwig, L. des Arbeiters Hermann Schöbel, 8 Mon. — Arbeiterschwester Pauline Valentin, geborene Heimann, 56 J. — Pensionierter Volkschulrektor Karl Panzer, 75 J. — Fabrikarbeiterin Therese Sibiller, geb. Nitsch, 50 J. — Heizer Oskar Baugold, 64 J. — Arbeiterschwester Friederike Böller, geb. Ohmann, 87 J. — Früherer Schuhmacher Albert Meier, 19 J. — Lucia, T. des Schuhmachers Theodor Winkel, 41 J. — Martha, T. des Bäckers Fritz Beck, 30 J. — Bäckerei-Kaufmann Gustav Baier, 40 J. — Bäckerei-Kaufmann Joseph Wiener, 46 J. — Bäckereimachermeister Adolf Reimann, 64 J. — Kellner Paul Wollmann, 41 J. — Walter, S. des Arbeiters Wilhelm Franke, 1 J. — Martha, T. des Arbeiters Max Valentini, 61 J. — Fritz, S. des Anstreicher Fritz Marode, 27 J. — Margarete Pfister, ohne Geb., 25 J. — Alfred, S. des Fuhrers Karl Henrich, 8 W. — Bäckerei-Kaufmann Georg Schneider, 78 J. — Katharina, T. des Handelsmann Baldwin Gebauer, 6 Mon. — Grenadier Paul Novot, 24 J. — Ida, T. des Haushalters Karl Gernlich, 2 Mon. — Fried. Modeste Magdalene Hütting, 43 J. — Bäckerei-Schuhmacher Marie Heine, geb. Hebris, 65 J. — Privatier August Böhl, 58 J. — Bäckerei-Bäckerei Berta Böckeler, geb. Enzig, 80 J. — Walter August Hildebrand, 60 J. — Bäckerei-Arbeiter Emilie Hoffmann, geb. Tulle, 77 J. — Walter, S. des Kaufmanns Sander Gutmann, 7 J. — Hildegard, T. des Bäckers Bäckereibetriebs Carl Gernoth, 1 J. — Kontorist Herm. Järos, 18 J. — Dienstmädchen Paul. Mann, 19 J. — Rich. S. des Pfarrers Fr. Brenz, 13 J. — Bäckerei-Schuhmacherin Emilie Herder, geb. Hahnfeld, 59 J. — Kaufmann Franz Drabek, 41 J. — Arbeiter August Böhl, 48 J. — Erna, T. des Arbeiters Joseph Storch, 1 J. — Bäckerei-Feuerehrenmann Max Golez, 46 J. — Bäckereimachermeister Adolf Reimann, 64 J. — Kellner Paul Wollmann, 41 J. — Walter, S. des Arbeiters Wilhelm Franke, 1 J. — Martha, T. des Arbeiters Max Valentini, 61 J. — Fritz, S. des Fuhrers Karl Henrich, 8 W. — Bäckerei-Kaufmann Fritz Marode, 27 J. — Margarete Pfister, ohne Geb., 25 J. — Alfred, S. des Fuhrers Karl Henrich, 8 W. — Bäckerei-Arbeiter Emilie Rothe, geb. Leuter, 69 J. — Luise, T. des Schmieds Karl Górecki, 8 J. — Klempnermeister Gustav Eißler, 46 J. — Haussdiener Ernst Böte, 28 J. — Bäckerei-Gehilfin Wilhelmine Burgen, geb. Wilde, 79 J. — Pensionärin Anna Hieronymel, geb. Weis, 57 J. — Bäckerei-Gehilfin Sophie Klopstet, geb. Kluge, 40 J. — Klempner Gottlieb Schmidt, 75 J. — Bäckerei-Eisbäckerei Elisabeth, Bäckerei, geb. Steinadler, 55 J. — Bäckerei-Gymnastiklehrer Professor Marie Wiesner, geborene Lautscher, 75 Jahre. IV. Bäckerei-Kaufmann Anna Kampoldi, geb. Goldt, 74 J. — Frühere Wirtschafterin Marie Scholz, 72 J. — Erich, S

GEBR. BARASCH



GEBR. BARASCH

Unsere Frühjahrs-Ausstellung bietet eine reiche Auswahl der neuesten Mode-Erscheinungen. Wir

haben in allen Abteilungen bedeutende Preis-Ermäßigungen entsprechend der rückgängigen Konjunktur eintreten lassen.

4 grosse Rabatt-Tage

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend

sollen das Interesse des Publikums für die Saison - Neuheiten und die Preiswürdigkeit der Waren erhöhen, deshalb gewähren wir an diesen Tagen auf sämtliche Artikel einen Rabatt von

Andere Rabatt - Vergütungen
fallen während dieser Zeit weg.

Auf Marken-Artikel, bei denen
der Preis vom Fabrikanten vor-
geschrieben ist, kann Rabatt nicht
gewährt werden.

100%

Im Erfrischungsraum:

Täglich von 4 bis 7 Uhr
Konzert einer ungar. Magnaten-Kapelle.

Im Erfrischungsraum:
Frühlings-Büfett.
„Verschiedene Spezialitäten“.

Stadt-Theater.

Dienstag 7 Uhr:
„Die Meistersinger von
Nürnberg“.
Dienstag 7 Uhr:
„Tiefland“.
Donnerstag zum 1. Mal:
„Leffa“.

Lobe-Theater.

Dienstag 7 Uhr:
„Bonne“.
Mittwoch 7 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Donnerstag 7 Uhr:
„Die lustige Witwe“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Gruppe I. 3 Verleihung.
„Die jährlichen Verwandten“.
Gruppe K. 3. Verleihung.
„Die jährlichen Verwandten“.

Schauspielhaus

Dienstag 8 Uhr:
„Das Heiratsfeuer“.
Mittwoch 8 Uhr:
„Das Heiratsfeuer“.

Lieblich's Einblissement.

Das brillante
Z-Programm.
abends 7 Uhr.

Victoria-Theater

Meistersänger-Quartett

Hausmann's
Raubtiergruppe

und die ganz besondere

Rasse der Raubtiere

und die ganz besondere

Rasse der

Beilage zu Nr. 66 der „Wolfswacht“.

Mittwoch, den 18. März 1908.

Vor sechzehn Jahren.

Ruhe vor dem Sturm.

Der 17. März verging — ruhig. Es verbreitete sich eine Menge wolster Gerüchte durch die Stadt; in Magdeburg und in Breslau hieß es, sei das Volk Meister der Stadt geworden, in Erfurt, in Stettin sei der Aufstand ausgebrochen, die ganze Monarchie stehe in Flammen. An diesem Abend kam die Kölner Deputation hier an. Wie ein Lauf Feuer ging es durch die Stadt: „Die Rheinländer kommen mit bestimmten Forderungen, mit der Drohung des Aufstands von Preußen!“ Nun endlich regte sich die Bürgerschaft. Die Mehrzahl war für Bürgerbewaffnung. Der Oberbürgermeister, der Magistrat hemmten noch immer, kein entscheidender Schritt war zu erreichen.

Alles bereitete sich auf den folgenden Tag, den 18., vor. Nochmals sollte eine städtische Deputation zu dem Könige gehen, ihn um Gewährung bringender Wünsche (Preßfreiheit, Bürgerbewaffnung, Entfernung des Militärs etc.) zu bitten, und eine auf dem Schloßplatz sich versammelnde Menge wollte auf die Antwort warten.

Welche Ansicht der Gymnasiasten von Bodesschwingh von der Lage der Sache noch am 17. Nachmittags 5 Uhr hatte, ist aus der Depesche zu erkennen, die er um diese Zeit auf telegraphischem Wege an den Regierungspräsidenten zu Köln abgehen ließ. Der Inhalt derselben laut folgende:

„In drei Abenden zog der Böbel in Trupps durch die Straßen. Die Bürgerschaft wirkte beruhigend. Seit gestern (16.) ist alles ruhig und kein Zeichen der Erneuerung vorhanden.“

Für diese schöne singierte Nachricht bedankte sich der Empfänger, Herr Regierungspräsident v. Raumet drei Tage später in einer ebenso schönen und eben so singulären Gegendepesche:

„In Köln herrscht die größte Freude.“ Eine Hand wünscht die andere!

(Die Berliner Märzrevolution.)

Berlin 1848.

Deutscher Reichstag.

128. Sitzung. Montag, den 16. März.
Vormittag 11 Uhr.

Am Bundesstaatsrecht: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat der Böse, Sterne und Göttlichen.

Dort liegen zwei Resolutionen Dr. Möckle (Rönt.) und Speck (Bentz) vor, welche verschiedene Maßnahmen bei der Verzollung der Güter fordern, damit nicht die Bringerie zum billigeren Böllerkreis der Unterseite einfließt wird.

Abg. Dr. Möckle (Rönt.) begründet seine Resolution und hofft außerdem, dass wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten dem festen Gefüge des Blobs nicht schaden würden. (Beifall rechts.)

Abg. Speck (Bentz) bearbeitet keine Resolution.

Reichsbahnamtsdirektor Sydow ist mit dem Grundgedanken der Resolution einverstanden, weil aber auf die Schwierigkeiten der differenzierten Versorgung hin und stellt härtere Bestrafungen der Geschäftsgoldberantanten in Aussicht.

Abg. Fuhrmann (Nat.) spricht sich im Allgemeinen für die Resolutionen aus.

Abg. Eickstein (Freiz. Bvt.) spricht sich gegen die Resolutionen aus, die nur auf Verbesserung der Güterentnahme hingehen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Mit der Gründlichkeit der Erörterung dieser Frage scheint man wohl den Vorwurf widerlegen zu wollen, dass der Reichstag oberflächlich arbeite. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Karikatur, für die ja laut Herrn Möckle die Karottentrete eine ehemalige Kulturtage ist (Heiterkeit), lassen sich auch durch die von Ihnen sonst immer betonte Niedrigkeit einer raschen Erledigung des Staates nicht davon abhalten, ihr Interesse mit allen Nachdruck zu vertreten. Ganz gewiss sind Gelehrte dazu da, beweigt zu werden, und gegen eine starke Bestrafung von Goldberantanten kann man nichts eingunnen, wie sehr wir auch die gegenwärtige Goldpolitik bekämpfen. Bei den Resolutionen handelt es sich aber in Wirklichkeit um eine neue Verteuerung eines

wichtigen Einzelgegenstandes zwischen den Karikaturen. Die Verbesserung der Güter als eines wichtigen Nutzmittel wird schließlich auch auf eine Verbesserung der Fleischabfuhr beschränkt. Dazu sprechen die Karikaturen vom städtischen Interesse. Da müssen sie doch an eine Reform der Branche einstehen herantragen. Daraus will gerade Herr Möckle nichts wissen. Die Resolution Möckle verfügt. Aber auch die Resolution Speck ist wegen der Verbesserung der Gütermittel für uns unannehmbar. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Vahrenhorst (Rönt.) regt an, die Böllerkamten zu Reichskammern zu machen.

Reichsbahnamtsdirektor Sydow erklärt, dass die Reichsverfassung der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstehe.

Abg. Reese (naßl.) erklärt sich gegen die Resolutionen.

Die Resolution Speck und der erste, allgemeine Teil der Resolution Möckle werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen, der zweite Teil der Resolution Möckle, der die Entwicklung der eingeführten Güter verlangt, wird abgelehnt.

Die Güter der Tabak-, Zigaretten-, Zucker- und Salzsteuer werden nach ungewöhnlicher Debatte angenommen.

Beim Etat der Branche einstehen ergibt.

Abg. Erzberger (Btr.) den Schaden, den das Reich dadurch erleidet, dass den Brennern mehr zuverlässigkeit wird, als sie an Böll erhalten. Das Verhalten der Brenner sei sehr unpatriotisch.

Beim Etat der Automobilsteuer wird eine Resolution auf Erhöhung der Steuer und auf einheitliche Bestimmungen über den Grenzverkehr des Automobiles zur Sicherung des Fremdenverkehrs angenommen.

Es folgt der Etat des Reichsbahnamts.

Hierzu liegt eine Resolution Oertel (Mail.) auf Ansprüche von 25 Pf.-Stücken und auf Aufstellung anderer Höchstzeichen an Stelle des Reichsadlers auf der Rückseite dieser Münzen vor.

Abg. Oertel (Mail.) bearbeitet die Resolution.

Reichsbahnamtsdirektor Sydow erklärt, dass in der dem Bundesrat vorliegenden Novelle zum Währungsgesetz die Frage des 25 Pf.-Stückes geregelt werden solle.

Abg. Kirsch (Zentrum) hält 25 Pf.-Scheide für überflüssig und sieht ein 2.50 Pf.-Stück vor.

Abg. Dr. Pothofsky (Freiz. Bvg.) wünscht energisch Ausbesserung der sehr schlecht bezahlten, nicht etatmäßigen Hilfskräfte in dem Reichsbahnamt.

Reichsbahnamtsdirektor Sydow sucht die schlechtere Bezahlung der nicht etatmäßig angestellten Hilfskräfte mit ihrer größeren Bewegungsfreiheit zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Hier ist oftmals betont worden, dass Unterstützungen an Indien den allein von der politischen Stellung der zu Unterstützenden abhängig gemacht werden sollen. Nun liegt hier vor mit einem Schreiben des Vertreters des Landkreises Apenrade. In dem Schreiben wird angefangen, ob der nun eine Vereinbarung dänische Gesinnung hege und ob die Gewährung der Gehilfe ihm von dieser Gesinnung abbringen werde. (Lebhaftes Hören, klatsch und im Zentrum.) Diese Art politischer Korruption kann in den Grenzen parlamentarischer Sprechweise nicht gekennzeichnet werden. Ich überlasse diese Dreikette der allgemeinen Beobachtung! (Debatte Zustimmung bei den Soz.)

Reichsbahnamtsdirektor Sydow gibt zu, dass die volkstümliche Gesinnung bei der Vereinbarung außer Betracht bleiben müsse. Über den angeführten Fall könne er aber nicht urteilen, bevor er nicht auch den anderen Teil gehört habe.

Vizepräsident Dr. Baasche: Herr Dr. Südekum hat den Vertreter des Königlichen Landrats eine Dreikette genannt (Betr. b. d. Soz.: Mit vollem Recht!) Das ist nicht statthaft; ich rufe den Abg. Dr. Südekum zur Ordnung.

Der Titel „Geball des Staatssekretärs“ wird bestimmt. Der erste Teil der Resolution Oertel (Ansprüche des 25 Pf.-Scheides) wird angenommen, der zweite Teil abgelehnt.

Zum Titel Gewährung von Gehilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer liegt eine Resolution Oertel (Mail.) auf Befürchtung der Haken und Ungleichheiten auf Gewährung eines Gnaden Geldes und Aufzehrung der Mittel durch eine Wehrsteuer vor.

Die Abg. Graf Hompesch (Genit.) und Genossen beantragen Einschaltung einer Bestimmung in den Etat, wonach als hilfsbedürftig alle Kriegsteilnehmer angesehen werden sollen, deren steuerbares Einkommen nicht über 900 Pf. beträgt.

Abg. Graf Oriola (Mail.) begründet seine Resolution. Wenn der Apenrade Fall so liegt, wie der Abg. Südekum ihn geschildert hat, so bedeutet er eine krasse Rechtesverlegung.

Reichsbahnamtsdirektor Sydow macht auf die finanziellen Bedenken aufmerksam, die den eingearbeiteten Anträgen entgegenstehen.

Stadt-Theater.

„Die Fauburgöste.“

Fräulein Bartsch setzte am Montag ihr Gastspiel als „Pamina“ fort und machte damit einen wesentlich glänzlicheren Eindruck, wenn auch der Anfang einer ausgleichenden und sicher angebundenen Höhe auch diesmal ähnlich fühlend in die Erziehung trat. Im allgemeinen aber war eine größere Spannung im Vortrage der Mozartischen Weisen und eine regere Anteilnahme an den identischen Vorgängen zu konstatieren. Auch versteht Fräulein Bartsch den Dialog gut zu behandeln und ihren Bewegungen eine natürliche Anmut zu verleihen. An Befall hat es ihrer Leistung jedenfalls nicht gefehlt. — Fräulein Alléen sang die Königin der Nacht zwar besser als in der Erstaufführung, ist aber mit ihrer schweren Stimme für leichtfüßige Arie nicht prädestiniert. Die Dame ließ sich übrigens nach dem ersten Akt indiskret melden und somit die zweite noch gescheitere Arie fort. — Die Vorstellung war gut besucht und fand viel Applaus. G. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Arbeiterpoesie in Frankreich. Große Kämpfe, in denen sie nun auf dem Schlachtfeld oder auf dem Gebiet des Arbeitskampfes ausgespielt werden, haben in allen Ländern Dichter gefunden, doch sind es in letzterem Falle meist Männer gewesen, die nicht selbst der kämpfenden Arbeiterschaft angehören, sondern die nur von außenher Einblick in Leben und Fähigkeit besaßen. Nun hat sich aber, wie Professor Stroh in den „Fortschritts“ (Georg Reimer, Berlin) schreibt, eine neue Form von Arbeiter-Dichtung in Paris entwickelt. In den Vollsuniversitäten und Gewerbevereinen der Stadt Paris finden allwöchentlich festliche Veranstaltungen statt, in denen Poësie, Musik und dramatische Aufführungen das Programm des Abends bilden. Im Anfang waren es die französischen Klassiker, die man hier rezitierte und spielte. Doch bald fanden sich auch unter den Zuhörern verschwiegene Kämpfer, welche das Fühlen und Leiden ihrer Klassengenossen mit um so größerem Erfolg befangen, als sie bei ihren Zuhörern verbündete Götter erschlagen ließen. Von ganz besonderem Vorteil war hierbei die speziell künstlerische Begabung des französischen Volkes, die selbst diesen unerfahrener Menschen, die am Tage in der Werkstatt und am

Maschinen tätig waren, Sprachgewandtheit und künstlerische Ausdrucksfähigkeit verlieh. Von lyrischen zu dramatischen Dichtungen, die gleichfalls von Mitgliedern der Vereine gespielt wurden, war nur ein Schritt. Eine Vereinigung der Arbeiterdichter, der „Club des Chansons révolutionnaires“, bildete sich, er bestimmt, welche seiner Mitglieder sich zu bestimmten Festen der Vollsuniversitäten und Arbeitervereine zu begeben und dort ihre Werke zum Vortrag zu bringen hätten. So wurden die Dichter veranlasst, in mehr systematischer Weise ihre Werke zu verfassen, obgleich sie stets in ihrer Stellung als Arbeiter verblieben. Immer blieben sie so in Verbindung mit dem idyllischen Leben, mit den kleinen Leidern und der großen Tragik der Arbeiterklasse. Streik und Hunger, Zukunftshoffen und Aufopferung für die großen Ideen des Sozialismus waren ihre Lieblingsthemen, und bedeutsame Klänge echter dörfstümlicher Poësie strömten aus ihren Liedern und bildeten einen getreuen Spiegel der Arbeiterseele. Und darum sind ihre Dichtungen nicht bloß poetisch schön in ihrer schlichten Weise, sie sind ein wertvolles Dokument für jeden, der einen Blick in das Seelenleben der modernen Arbeiter werfen will.

Aus aller Welt.

Überschwemmung durch Bruch eines Wassersohls. In der Nacht zum Sonntag brach am Sandauerberg vor dem Eintritt zum Bahnhof Westen plötzlich das Hauptrohr der Charlottenburger Wasserwerke. Das Wasser floss in eine Manneshöhe einer Fontäne gleich in die Höhe. Die Straße am Sandauerberg und namentlich die Spandauer und Sophie-Charlottestraße wurden überschwemmt. An der Sandaustraße läuft der Ultraström ein. Der Schaden wurde sofort ausgebessert.

Selbstmord eines Gardeoffiziers. In seiner Wohnung in Potsdam erschoss sich der Gardeoffizier Friedrich v. Pristow. Der junge Offizier — er stand 17. Februarjahr — erhielt dem ersten Gardekommando an; er war seit längerer Zeit leidend und hat den Selbstmord als Beweisung verhei.

Gefährliche Spielerlei. Wie aus Köln gemeldet wird, erbrachte ein schwachsinniger Knabe das Polizeivorwurfs in Steinbruch bei Lennep und entwendete eine Menge Gold, das sie in einer Verstecke auf freiem Felde aufbewahrte. Das Kind flüchtete mit großer Kraft auf; ein Knabe verlor das Augenlicht und

Um 8½ Uhr verlässt das Haus die Weiterberatung auf 8 Uhr Abends.

Abendstundung.

Abg. Hammann (Zentrum) begründete eine Resolution seiner Partei, als hilfsbedürftig alle Kriegsteilnehmende gelten zu lassen, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 900 Pf. beträgt, und eine entsprechende Bestimmung in das Dispositiv in den Etat einzutragen.

Abg. Hausegger (Cons.) beantragt Berweisung aller vorliegenden Anträge an die Budgetkommission und lehnt namens seiner Partei eine Abstimmung ab.

Überstaatssekretär Zweig äußert Bedenken gegen die vorliegenden Anträge. Die Gelehrtenbestimmungen würden hente schon in der wohmwollenden Weise ausgelagert.

Abg. Wiesland (Dtsch. Sp.) tritt mit warmen Worten für die Veteranen ein.

Abg. Dr. Brendt (Agr.) bittet, dass Herr Sydow ein noch größeres Interesse für die Veteranen an den Tag legen möge, als Herr von Stengel dies getan habe. Der Antrag Oriola gehe nicht weit genug.

Abg. Kautschi (Soz.) erklärt, dass seine Fraktion für den Zentralbankantrag stimmen werde.

Abg. Schräder (Frei. Bvg.) wendet sich gegen den Zentralbankantrag, der direkt verfassungswidrig sei. Selbstredend würde auch die Unrechte den Veteranen alle Wohlthaten, aber ein Antrag von dieser Tragweite lasse sich nicht auf dem Wege der Haushaltserörterung erledigen.

Abg. Grüber (Zentrum) weist die gegen seine Partei erhobenen Anträge zurück und polemisiert in langer, ausführlicher Rede gegen den Kreisinn.

Abg. Dr. Baasche (Rönt.): Das Zentrum will nicht einen Haushalt bauen, sondern der Regierung Schwierigkeiten machen. Das hat der Abg. Kautschi aus der Schule geplaudert. (Lärm im Zentrum.)

Die Resolution des Grafen Oriola (naßl.) wird bei Brudergesellschaft überwiesen.

Die Abstimmung über den Antrag des Zentrums wird eine momentane sein und am Dienstag vorgenommen werden.

Hierauf verzögert sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Etat der Reichsbank, Ruhmestat.

Schluss 8½ Uhr Nachts.

Der Hahnenkampf und die Schießprügelei der Lockbrüder.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag die Vorlage über die Erhöhung neuer Gehaltselber im Oberbergamtbezirk Dortmund in dritter Lesung debattlos an.

Dann begann es mit einer politischen Generaldebatte zur dritten Lesung des Etats. Eingeletzt wurde sie mit einer Erklärung, die der urale Nationalliberalen Hobrecht im Namen aller der Parteien abgab, die im Dreiklassenparlament zu Worte kamen, und ihren Beschluss verkündete, die Frage des Beamtenbesoldungen vorläufig überhaupt nicht zu erörtern, sondern bis zum Herbst hinauszuschieben, wo bekanntlich die große Aufbesserungsvorlage der Regierung kommen soll, nein, wieder einmal versprochen ist. Das ist die berühmte Beamtenfreundschaft des Dreiklassenhauses.

Der Nationalliberalen Schiffer wollte wenigstens einige Auskunft über die Grundsätze der geplanten Reform haben, aber die Regierung schwieg sich gänzlich aus, obwohl Herr Schiffer die Heimstätteweihe als eines freien Volkes unbedingt bezeichnete. Wenn Herr Schiffer sich genau umschaut, wird er in Preußen noch unendlich Vieles finden, was eines Kulturstates unwürdig ist. Sachlich wurde also von den Beamtengehältern nichts gesprochen. Über die sinnlos demagogische Verwertung des Landwirtbündels Dietrich Faehn aber, die er neuerlich bei den Beamteninterpellationen getan hatte, dass die Liberalen allein Schuld davon seien, dass die Beamten wieder einmal leer ausgingen, entsparte sich zwischen ihm und den Freisinnigen eine überaus erregte Debatte.

Fischbeck, der durch seine lendenlose Wahlrede vom 10. Februar blamierte Senat des Berliner Kommunalwahl vom 10. Februar, hielt die Sennet des Berliner Kommunalwahl eines

müsste, tödlich verleg, dem Kranenhans übergeben werden. Sicherer andere seiner Gedanken wurden leichter verlegt.

Auf einer Eisbühne ins Meer getrieben. Auf der Ostsee bei einem unzureichenden Eisfahrtme. An der Küste von Rügen wurden 40 Fischer auf einer Eisbühne ins Meer getrieben; zahlreiche Fischer ertranken auch nahe der Eisbühne, wo der Sturm auch sonst großes Unheil anrichtete.

Große Heringssänge in der Ostsee. Wie alljährlich ist wieder eine beträchtliche Anzahl pommerscher Fischer mit Booten und Fangeräten nach den schleswig-holsteinischen Gewässern gesegelt. Der Fang in der Apensenbucht war in der letzten Zeit so ergiebig, dass Boot auf Boot bis zum Hafen mit Heringen angefüllt eintrafen. Die Händler in Kiel, Eckernförde usw. können die Fänge gar nicht verarbeiten; es werden ganze Eisenbahnen voll grüner Heringe nach dem Innernlande gefandelt. Am Dienstag hatten einige Womendiner Fischer einen vorzüglichen Heringssang. Als das Boot eingeholt wurde, wimmelte im Umkreis von vielleicht 100 Metern alles von Fischen. Die auf einen Zug gewältigen Fang nicht eingerichteten Fischer, vertrömmten bei weitem nicht die Wassen zu berücksichtigen. Bis in die späte Nacht wurde gearbeitet, viele schleppende Boote und Ruderboote herbei, Hunderte von Fischen wurden in Eisenbahnen verladen, und doch muhten große Mengen von Fischen im Meer loslassen werden. In der Darßgärtner Bucht hat ähnlich wie die schleswig-holsteinische Küste winterliche Breitlings

stanz, benutzte die Gelegenheit, um sich politisch einzigermaßen zu rehabilitieren. Er hielt den Arztern die blinden ihrer Volkswohlpolitik vor die Augen und führte den leichten Nachweis, daß die verschiedenen Sollerthüungen, die die rechts-rechterliche Kardorffmehrheit in den Dezembertagen des Jahres 1902 beschlossen hat, den Beamten mehr kosteten als die ganzen Leitung- und Gehaltszulagen ihnen einbringen können. So geht es bekanntlich auch den Arbeitern mit ihren angeblich gelegenen Löhnen; aber davon, will ja der freimaurerische Spießbürgert nicht hören. Weiter erinnerte Hirschbeck den Bündler an seine Forderung des Misch- und Kartoffelzolles, an den Widerstand der Junker gegen eine Erhöhung einer Einkommenssteuer für die Millionen über 5 Prozent hinzu, und angesichts des Wahltrübs der Bündler, auf die Karteile und Syndikate zu schimpfen, stellte er fest, daß diese nur durch die Hochschulpolitik großgezüchtet worden sind. Um meistens aber ärgerte er die Junker mit dem Hinweise darauf, daß die Börsen nicht etwa irgend einer "nationalen" Landwirtschaft, sondern lediglich ein paar Bildekommisaren, Großgrundbesitzern und Landfamilienbesitzern zugute gekommen sind, die jetzt das Geld, das dem armen, arbeitenden Volke ausgepreßt worden ist, an ihre Räder in den Spielstätten von Monte Carlo verloren oder in Paris verbrummen. Das Diederich Hahn auf diese Vorwürfe gegen die Börsenwohlmehrheit, die von der Sozialdemokratie bestimmt in so scharfer Form geprägt worden sind, zu erwideren wußte, war Herzlich wenig. Das Schlimmste, was er den Freimaurern zu sagen wußte, war die allerdings unbestreitbare Wahrheit, daß er sich sein Material aus der Rückläufer der Sozialdemokratie geholt habe. Um den Mittelstandsrechtswindel der Konservativen aufrecht zu erhalten, mußte der Bündler die Großgrundbesitzer für eine Mittelschicht erläutern. Und als ihn selbst die zahmen Freimaurer daran auslachten, wurde er groß und vergoß ihnen gleichzeitig; halten die Freimaurer aus das Trotzleben der Hochfeudalen hingewiesen, so jagte er den Vertretern der Groß-Bourgeoisie auf den Kopf zu, daß ihre Wahlsämme mit dem Gelde von Börsenjuden geführt würden — Hahn sagte: "Juden ohne konfessionellen Beigefügtheit" und daß die Freimaurer dementsprechend ihr höchstes Ideal in der Vertretung der Interessen des Börsenkapitals eideten. Das traf die Freimaurer so hart, daß Goldschmidt, der bekannte Frisch-Dunderlaner, "Fecht" dazwischen rief. Nun ging ein großer Skandal los, den die freimaurigen Sitten des Abgeordnetenhauses aus hellester beleuchtet. Frischer rief Goldschmidt zur Ordnung, aber das genügte dem krähenden Hahn, der bekanntlich an großen Tagen in der Uniform des Hauptmanns der Reserve in die Volksvertretung des Privilegiengesetzsammlers sprangt kommt. In seiner gekränkten Offizierrede nicht. Er ließ durch den bekannten Arbeiterführer Quehl und den Importeur der chinesischen Stoffe v. Oldenburg-Januschau mit den Kürassierstiefeln Herrn Goldschmidt aus dem Saale klettern und zum Pfosten duell fordern. Der freimaurige Abgeordnete war vernünftig genug, diese Schießprügeleitomödie nicht mitzumachen und lehnte die Forderung ab. Das Komödie an der ganzen Sache aber ist das, daß von beiden Seiten die ganzen Parteien, die im Reichstage Blocken bilden, sich an dem Skandal beteiligten. Hirschbeck und Goldschmidt wurden von Kopisch und Müller-Sagan, Diederich Hahn von den kräftigen Lungen der gesamten preußischen Zinterschaft unterstützt. Das hindert die Freimaurer nicht, na Reichtagswahl mit demselben Diederich Hahn und demselben Oldenburg-Januschau "um Vereinsgefeß und Vorlesereform zu schwärzen und zu mögeln. Und das Ganze nennt man dann politisches Ehrgut". Die Komödie dieses Hahnenkampfes, der Freimaurer und der Bündler, wird die Landtagswähler, die schamlosche Blocknächte des Freimaurers nicht vergessen machen. Und dem Volke imponieren die jungerlichen Schießhelden schon lange nicht.

Plenartag geht die Staatsdebatte weiter.

Partei-Angelegenheiten.

Polizeiliche Vorbereitungen für die Märzfeier. Auf dem Friedhof der Märtyrer im Friedrichshain hatte die Polizei

am Sonntag bereits allerhand überflüssige "Vorsichtsmärsche" getroffen. Starke Aufzüge von Schülern an Fuß und zu Pferde waren in den großen Gastwirtschaften der Landsberger Allee und in einzelnen Privathäusern unterbrochen worden, doch hatten sie keine Gelegenheit in Tätigkeit zu treten. Ein einziger großer Vortragszug wurde von der Arbeitschafft eines Vorortes an einem Denkmal niedergelegt, da die Eröffnung der Märtyrerfeiern ja erst morgen Mittwoch erfolgt.

Die Märtdemonstration am Nachmittag des 18. März wird voraussichtlich in Frankfurt a. M. besonders imposant werden. In verschiedenen Betrieben mit über 7000 Arbeitern wird Nachmittags nicht gearbeitet; in andern haben die Unternehmer den Arbeitern von 8 Uhr ab freigegeben. So ist zu erwarten, daß die sechs angelegten Versammlungen überfüllt sein werden.

Das befehlzte Gottesraubentum. Die Revision des Genossen Kühn-Moloch, der wegen Bekämpfung des Neuen Johann Albrecht von Braunschweig sechs Monate Gefängnis erhalten hatte, wurde vom Reichsgericht verworfen, weil angenommen wurde, daß bei Erstellen der Artikel in der Medeburgar Volkszeitung Johann Albrecht noch nicht Regent war, dies vielmehr erst durch die offizielle und öffentliche Annahme der Wahl geworden sei. Er unterlag also zum 1. Juni noch der baumherlichen Gewalt des Großherzogs von Mecklenburg.

Ein Sozialdemokrat als Vitzkeller beim Prinzregenten. Die "Pöhl. Post" schreibt: Der Genosse Hellmann in Lambrecht hat wegen Bekämpfung des Wahlbüters Ernst eine Gefängnisstrafe von drei Wochen vom Gericht und freiert bekommen. Wie aus dem Berichte über die letzte Stadtversammlung in Lambrecht hervorgeht, hat er in der Strafe ein Gnadenarsch nach an den Prinzen regenten unter den eigentümlichsten Umständen eingereicht. Es entspricht weder den Grundlagen noch der Ehre eines Sozialdemokraten, sich durch einen Gnadenarsch vor einem Monarchen um die Verantwortung seiner Handlungen herumzudücken. Die Lambrechter Kämpfer müssen werden, um ihm zu können, die Konsequenz aus dem standhaften Verhalten Hellmanns zu ziehen, damit die Partei vor weiterem Schaden bewahrt wird.

Freikirchliche Gemeindewahlstriebe sind wiederum aus der Umschau von Frankfurt a. M. zu berichten. Den glänzendsten Sieg errangen die Genossen in Württemberg. Von sechs anwesenden Gemeindvertretern wurden fünf Sozialdemokraten gewählt. Und zwar in der zweiten und dritten Klasse je zwei, in der ersten Klasse ein Genosse. In Überrodenbach siegten unsere Genossen in der zweiten und dritten Klasse, so daß nun fünf Sozialdemokraten im Gemeinderat sind. In Hornau ist die dritte Klasse von ganz in den Händen der Arbeiter, die gegen die vereinigten Renten- und Freimaurer zu tönen scheint. In ein Sozialdemokrat wurde in Rambach, Württemberg, und in Bierstadt gewählt. — So dringen unsere Genossen immer mehr auch in die Landeskommunen ein. Ein Reichen, daß die Landbevölkerung in immer mehr hier Kläusenlage bewußt ist; und im Verhältnis zu weiteren Zeichen, daß die Arbeiter von der Stadt auf das Land gedrängt werden.

Arbeiterbewegung.

Der Kampf im Baugewerbe.

Der Abwehrkrieg im Berliner Baugewerbe hat Montag früh erheblich an Umfang zugenommen. Die Bautenpietzen befürchten sich nicht nur auf Berlin, sondern sie erfreuen sich auch auf die Vororte. Besonders zahlreich sind die Streiks in Friedrichshain, wo viel gebaut wird. In Adenau haben die Zimmerer mehrere Sperren verhängt. Das Bureau des Maurerverbandes ist ständig belagert von Maurern, die neue Sperren anstreben. Die Zimmerer haben ihr Streitbüro in einem größeren Saale des Gewerkschaftshauses aufgeschlagen.

Man rechnet in Arbeiterkreisen damit, daß die Arbeitgeber dem Maurerverband das Ultimatum stellen werden, die Sperren aufzuhören, widergesetzt die Ausspezung erfolgen würde. jedenfalls werden sich die weiteren Ereignisse im Kampfe des Baugewerbes sehr bald erwidern, denn schon am 26. und 27. März will der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe in Berlin seine Generalversammlung abhalten, die über Krieg oder Frieden im deutschen Baugewerbe entscheiden soll. Vorher müssen die Verhältnisse in Berlin gelaufen sein, da Berlin nach den Beschlüssen des Arbeitgeberbundes den Ausgangspunkt für die Bewegung bilden soll.

Auf den Vertragsentwurf des Verbandes der Baugeschäfte haben die Berliner Arbeiterschaften: Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zentralverband der deutschen Zimmerer, Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Zentralverband der christlichen Baubandwerker und Baubüroarbeiter, übereinstimmend zustimmt, daß sie im Interesse des Friedens zu

Vertragsverhandlungen bereit seien. Auf die Bestimmungen des Arbeitgebervertragsentwurfs ist in dem Antwortschreiben der Arbeiterorganisationen nicht eingegangen worden.

Der gegenwärtige Auseinandersatz der baugewerblichen Arbeiter in Berlin steht in ursächlichem Zusammenhang mit den bevorstehenden Vertragsverhandlungen. Die Arbeitgeber wollen durch die jetzt vorgenommene Herabsetzung der Löhne erreichen, daß sie bei den Vertragsverhandlungen mit einem "üblichen" Stundenlohn von 75 Pfennig reden können. In diesem Falle würde sogar die Wiederherstellung der in dem früheren Tarif festgesetzten Löhne von 88 Pfennig eine Vorehröfung um 10 Pfennig bedeuten; der Verband der Baugeschäfte könnte sich nur den Verlust des Arbeitgeberbundes fürchten, daß Verhandlungen in den neu abschließenden Verträgen nicht gewollt werden könnten. Das wollen die Arbeiterorganisationen verhindern; sie haben aus diesem Grunde den Abwehrkrieg proklamiert.

Die Verhandlungen im Baugewerbe, welche Montag begonnen, wurden Abends erfolglos abgebrochen, nachdem die Arbeitgeber nur unwesentliche Zugeständnisse gemacht hatten.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich bereit, den alten Tarif mit diesen Zugeständnissen ein Jahr weiter beizubehalten.

Die Arbeitgeber verlangen jedoch, daß der Vertrag noch zwei Jahre Gültigkeit haben soll. Dieser Vorschlag wurde als ungemein unfair erklärt. Vor dem 1. April soll noch einmal verhandelt werden. Es ist kaum wahrscheinlich, daß eine Einigung zustande kommt.

Vom absterbenden Gutenbergbund. Neben einer interessante Sitzung des Gutenbergbundes, der neuen Abteilung der Christlichen, die am Sonntag in Berlin abgehalten wurde, berichtet der "Vorwärts" folgendes: Etwa 80 Bündler hatten auf einen Kundschreiben früherer Mitglieder des Bundes an dieser teilgenommen, unter ihnen auch der ganze Stab des Vorstandes des Bundes, unter Führung des christlichen Agitators Hoffläß. Der Stab der Einladung war der, daß einige aus dem Bunde dem Verband der deutschen Buchdrucker beigetretenen ihren früheren Kollegen die Gründe für ihren Austritt klarlegen wollten. Deshalb war auch der ganze Stab erschienen, um seine Getreuen vor etwaigen "Verführungen" der Übergetretenen zu retten. Es half aber nichts! Wenn die ehrlichen Bündler schämen es, sich zu haben, sich mit leeren Versprechungen der Bundesvorstandsmitglieder abspielen zu lassen. Es wurde ihnen vorgehalten, daß auf dem zweiten Kongress der christlichen Gewerkschaften von allen der Vertreter des Bundes auch nicht einer es gewagt hat, den provozierenden Neuerungen eines anwesenden Regierungsvertreters, die dahin gingen, daß die christlichen Arbeiter mit Gottesfürcht, Bescheidenheit und Fleiß ihre gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen hätten, mit aller Entschiedenheit entgegneten. Es wurde dabei noch ausdrücklich betont, daß dies um so energetischer hätte geschehen müssen, da man die Arbeiterschaft von derselben Seite mit Zwangsgesetzen statt mit einer Erweiterung des Vereinsgesetzes und der Gewerbeordnung zu beaufsichtigen sucht. Des ferneren wurde den Anwesenden ziemlich klar, daß der Bunde noch zusammen schmelze, daß von den ehemaligen 4000 Mitgliedern im Deutschen Reich heute sich noch kaum 2500 vorfinden, daß der Bunde so gut wie gar keinen Nachwuchs hat und die in demselben verbleibenden älteren Mitglieder um ihre Zukunft im Bunde besorgt sein müssen. Am besonderen wurde aber darauf hingewiesen, daß er die Einigung, die ihm vom Verband angeboten, aus schmäler Selbstsucht stets zurückgewiesen, daß die meisten Mitglieder leider zu wenig Rücksicht nehmen, sich von fünf bis sechs Personen alles bieten lassen und daß der Stab des Bundes heute noch derselbe sei wie bei seiner Gründung: Gegen den Verband eine Schützgruppe für das Unternehmen. Den Einbruch, den diese Ausführungen auf die aufwändigen Bündler und ihre Begleiter machten, läßt Herr Hoffläß dadurch abzuschwöchen, daß er sich in Ausfällen auf die Übergetretenen, den Verband und die Sozialdemokratie erging und unter dem Schutze seiner Begleiter die Sitzung zu stören suchte. Damit blieben auch die Bündler eingeschoren haben, daß in Gegenwart solcher Helden eine sachliche Diskussion unmöglich ist und sie ihre Auflärungsarbeit in anderer Weise zu verfolgen haben, wenn sie Erfolge verzögern wollen, und dies wird ihnen um so leichter werden, wenn sie ihre Mitkollegen auf das Entgegenkommen des Verbandes bei ihrem Uebertritt, vor allem aber auf die moderne Arbeiterbewegung hinweisen, die im Gegensatz zu der christlichen für politische und ökonomische Rechte und Freiheiten ihre ganze Kraft zur Hölle bringt. Die Agitation wird aber dadurch noch ganz erheblich gefördert werden, wenn wir mitteilen, daß von den achtzig Versammelten etwa vierzig bereits wiederum dem Verband beigetreten sind: die Schaubühne des Herrn Hoffläß ist also doch nicht ohne Wirkung geblieben.

Über die Aussverrun und Lohnbewegung der Arbeiter in der Fleischwarenindustrie in Braunschweig teilt die dortige Organisationsleitung mit: Nicht einmal auf Verhandlungen über minimale Forderungen wollte sich ein Unternehmer

Das erste Automobil in Jerusalem. Unter dem Zusammenspiel einer polnischen Firma habe am 13. März der erste Motor, den man jemals in Jerusalem gesehen hat, in die Stadt ein. Der Motor kam von Haifa. Er wurde durch seinen Eigentümer, den Amerikaner Glidden gefahren, der seit 1901 die Welt bereist und bereits 37 Länder besucht hat. Herr Glidden möchte, ehe er die Türkei bereisen durfte, eine besondere Erlaubnis des Sultan nachsuchen.

Aus dem Lande der Könige. Ein Geschäftsbüro in Rom, der ich in hohen Spitzen abfiel, beschäftigt die Großfürst und die Fürst von Madrid. Von Alfonso Bourbon Bourbon, Sohn der Juana Sebastian und Maria Christina, war vor einigen Jahren eine "nicht handelsfähige" Ehe mit Donna Teresa Mendez eingeeckt, die ihm infolge ihrer Ehefrau allmählich das Leben zur Hölle mache. Als die Donna ansässig, ihu mit dem Tode zu bedrohen, hielt es der Richter der Bourbonen hoch für gerecht, die gerichtliche Scheidung zu beantragen. Die Heide saß sich in Folgedessen in seinem Palais ein und befürderte die nicht böse abiente Frau trotz langen Streitcess vorläufig in ein Kloster.

Die Entfernung der Erde von der Sonne ist größer, als man bisher annahm. Aus neueren angestellten Berechnungen resultiert, daß die Zahl von 148.500.000 Kilometer nicht genau und auf 149.471.000 Kilometer erhöht werden muß. Bei dieser Vergrößerung ist man auf Grund von 2600 Beobachtungen mit dem Kreisfehler und 11.000 photographischen Aufnahmen gekommen. Den wichtigsten Teil der Arbeiten, die zu der Entfernung führten, hat sich der jüngst verstorbenen Direktor des Berliner Observatoriums erledigt; er waren möglich durch die Entwicklung des ganzen Kilometers 60 im Jahre 1898.

Meine Chronik. Im Vorort Moabit bei Thorn feierte auf offener Straße der 21-jährige Knecht Januski mehrere Revolvenkämpfe auf keine schädliche Beliebte, die 30-jährige Wirtschaftsminister Witold Sosnowski, ab und verlor sie am Arm. — Mit Leichtigkeit darf sich der 21-jährige Handlungskreisende Adolf Gestal in einem Berliner Hotel. Aus einem hinterlassenen Briefe an seinen Bruder, der bei Breslau wohnt, geht hervor, daß er fürchtete, unheilbar brüllend zu sein. — Im Maschinenhaus der Schäfer Spiegelmanufaktur in Gelsenkirchen explodierte eine Dynamitmaschine; ein Jäger

genieur und ein Maschinenmeister wurden schwer verletzt. — In einem Hause der Kermisdalstraße zu Cleve entstand Sonntag Nachmittag eine furchtbare Gasexplosion. Sämtliche Fensterscheiben wurden zerstört, Möbel zerstört und das Haus in Brand gesetzt, jedoch befürchtete die Feuerwehr alsbald weitere Gefahr für die Haushbewohner. — Der Schmied Hofstmina der unter dem Verdacht verhaftet wurde, die vier aus dem Verlehe mit seinen beiden Töchtern hervorgegangenen Kinder getötet zu haben, hat jetzt dem Würzburger Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. Er hat gemeinhinlich mit den Töchtern die Kinder getötet, und zwei Leichen im Keller vergraben, und zwei in den Raum geworfen. — In der Wohnung des 76-jährigen Barons Staudach in Grafsam Montag früh ein Brand zum Ausbruch, der so schnell um sich griff, daß der bereits bewußtlose Baron nur mit großer Mühe gerettet werden konnte. Man hofft ihn am Leben zu erhalten. — In Lyon brach Montag nachts 2 Uhr in einer großen Makkaronifabrik auf dem Cours Lafayette ein Brand aus, der außerordentlich schnell um sich griff. Das Feuer erstreckte sich schließlich auf eine Fläche von elf Hektaren. Zahlreiche anstoßende Gebäude stehen in Flammen. Der Schaden beläuft sich auf Millionen. — In den Druckerei-Räumen der Zeitung "De Telegraaf" in Amsterdam brach Sonntag nachmittag Feuer aus, durch das fast das ganze Material zerstört wurde, so daß die Zeitung wahrscheinlich in einer anderen Druckerei gedruckt werden muß. Eine Frau erlitt bei dem Brand Verätzungen.

Mein Haß.
Ich bin ein Hassier.
Den Feuerwasser,
Den Witscheldäfern,
Den Faßländern,
Den Schad'geilen,
Stumpf und blind,
Die ihrem Hanse,
Die Hölle sind.
D' dicke Kasse,
Wie ich sie hasse!

Bergarbeiter

Der Kampf um die Breslauer Baugewerbe.

Zwischen den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und denen des Arbeitgeberbundes fanden am Montag und Dienstag Verhandlungen statt, in denen der neue Tarifvertrag festgestellt werden sollte. Was vorauszusehen war, ist eingetroffen, die Unterhandlung, die mehrere Stunden dauerte, ist resultatlos verlaufen, d. h. die Arbeitgeber bleiben auf ihrem Schein stehen und wollen sich partout zu irgend welchen Zugeständnissen nicht bequemen. Die Bauarbeiter hielten daraufhin am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in der der Gauleiter Volkmar u. das Refusstat mitteilte. Es ist nun fast mit Bestimmtheit zu rechnen, daß ein heftiger Kampf auf der ganzen Linie entbrennen wird, wenn nicht noch in letzter Stunde die Arbeitgeber anderen Sinnes werden. Unmöglich können die Arbeiter mit den vom Arbeitgeberbunde gestellten Bedingungen einverstanden sein.

In der kürzlich stattgefundenen Bauarbeiter-Versammlung war beschlossen worden, den Meistertarif als unannehmbar abzulehnen, jedoch eine Kommission zu wählen und diese zu beauftragen einen Lohn- und Arbeitsvertrag auszuarbeiten und diesen dem Bunde zur Annahme zu unterbreiten. Die Kommission hat Tag und Nacht gearbeitet, um den Vertrag rechtzeitig fertigzustellen. Dieser Tarif ist zur Beratung gestellt worden. Wir sind nicht in der Lage, den ganzen Tarif mit so vielen Positionen zu veröffentlichen und müssen uns auf das Wesentliche beschränken.

Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Der Einheitslohn für Bauhüttsarbeiter beträgt 45 Pf. pro Stunde. Überstunden, Nach- und Sonntagsarbeiten sind unzulässig zu vermeiden. Im Allgemeinen sollen solche zur Verhütung schwerer Schädigung des Betriebes, in Notfällen, oder wenn sie im öffentlichen Interesse geboten sind, nur vorgenommen werden. Die Pausen bei Nacharbeiten werden analog den Bestimmungen der Tagesarbeiten eingehalten. Überstunden werden mit 10 bzw. 20 Pf. Aufschlag zum Lohn bezahlt. Bei Überlandarbeit, welche über den Grenzbezirk des Tarifs hinausliegt, sowie für bestimmte Orte im Grenzbezirk ist eine halbe Laufstunde zu vergüten, soweit die Arbeiter in Breslau ihren Wohnsitz haben, und eine ganze Stunde, wenn sie die Stadt bei ihrem Zugang durchqueren müssen. Für Biegelräger und Mörderträger im Keller und Erdgeschoss pro Stunde 55 Pf., in den Etagen und Dachgeschoss 60 Pf., für Tegger für Aufzugsarbeiten 70 Pf. Die Kaffträger erhalten einen Lohnzuschlag von 8 Pf. über den geröhmlichen Stundenlohn. Es folgen sodann die Sätze für Altordarbeiter. Der Vertrag gilt auf 1 Jahr bis April 1909.

Die Versammlung nahm den Tarif ohne Abänderung einstimmig an. Machol und Volkmar hatten nur wünschen, den Vertrag auf friedliche Weise zu Stande zu bringen; verharren die Arbeitgeber auf ihrem hartnäckigen Standpunkt, dann werden sie die Verantwortung für die Folgen tragen müssen. Vor allen Dingen sucht er jetzt die noch feststehenden Verbände einzuführen.

Die gesamte Breslauer Arbeiterschaft verfolgt den Kampf der Bauarbeiter mit gespanntem Interesse und wünscht den in den Kampf Gedrängten Glück und Sieg!

Gepresste, und trocken unbeliehrbare Lehrer.

Der Lehrerbund Breslau-Land besprach in seiner letzten Sitzung die von den Blockbrüdern erhobene Vertagung der Revision des Lehrerbildungsabgelehrten. Das Ergebnis einer erregten Debatte war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

Die Vertagung der schulisch erwarteten gesetzlichen Neuregelung der Lehrergeschäfte hat auf die Mitglieder des Lehrerbundes Breslau-Land einen geradezu niederschmettenden Eindruck gemacht. Auf diese Wendung der Dinge war niemand gefaßt. Die Lehrerschaft hat schon oft bittere Enttäuschungen erlebt. Das aber die bestimmtesten Versprechungen der leitenden Minister, daß auch die in der Thronrede gegebenen Zusicherungen nicht gehalten werden könnten, das wurde doch nicht für möglich gehalten. Die Verträge auf den Herbst können das erfüllt werden nicht wieder herstellen. Wer bürgt dafür, daß man die erneuten Versprechungen auch einlösen wird? Sie in Aussicht gestellten Teuerungszulagen können die Lehrerschaft nicht beruhigen. In zahllosen Lehrerfamilien ist die Not ein ständiger Gast. Was ist da mit 100 bis 200 Mark auszurechnen? Gudem: Wer wird die Teuerungszulagen zahlen? Der Staat? Die Gemeinden? Wer weiß, ob die Lehrer nach Jahresfrist im Besitz jener Zulagen sein werden? Warum endlich wird der Schleier nicht gelüftet, der den Inhalt der letzten Bildungsabfrage den Augen der Interessenten verbirgt? Vertreter der Landesversammlung ist die angestrebte Wahrung des Geheimnisses jedenfalls nicht. Alles in allem: Die Lehrerschaft des Landkreises Breslau, die zu den idyllisch besiedelten der ganzen Provinz gehört, befindet sich in einer verzweifelten Stimmung. Man darf es so weit nicht kommen lassen.

Es ist bezeichnend für die Lehrer, daß sie in so trüglichen Tönen beginnende Resolution wieder mit süßsinnigen Kommentaren endigt. So haben es die Lehrer immer gemacht. Nur nicht jetzt aufstreben! Das war jetzt ihre Rolle. Und nie haben sie, die ambere belehren, aus den Vorgängen um sich herum gelernt. Sie sind es doch gewesen, die die Blockpolitik mit ermöglicht haben! Sie sind diejenigen, die den Lehrersehnen im Block die Steigbügel gehalten haben. In Breslau waren sie es, die den Sieg der Trostler, Wagner und Jäger in erster Reihe mit verschuldeten, und in denselben Breslau hielten sie sich bereits wieder an, bei der Landtagswahl dieselbe Leidenschaft noch einmal zu begegnen. Die, die jetzt die Lehrer in der schwärmischen Weise prellen, sind die selben. Sie die Lehrer als Vertreter ihrer Interessen gedacht haben! Und trockenbleiben sie unbeliehrbar. Sie haben es schwer zu führen, und das einzige, was man für sie empfinden kann, ist aufrichtiges Missfallen.

* Was Herr Bender erlaubt und was er verbietet. Im Verbandsorgan der organisierten Fleischer lese mir unter der Überschrift „Die Angst vor dem Verbandsplatze“ folgendes:

Der Herr Direktor Kiel des altpommerschen Schlachthofes in Breslau hatte bei der Unterredung mit einem gezeugten Kollegen aus dahin geäußert, daß er gegen die Organisation nichts habe, nur dürfe im Schlachthof nicht durch Fleischausstellung und andere Soden der Betrieb geführt werden.

Befreiungsbüchungen sind ihm als zur Genehmigung vorzulegen, und dann können sie angefordert werden. Da nun die „Brüderlichkeit“ — wahrscheinlich mit Zustimmung des Herrn Direktors — Befreiungsbüchungen und Blätter im Betriebe anzubringen und anliegen kann und von amtlichen und nichtamtlichen Befreiungsbüchungen nicht soviel unterscheiden kann, wie es Recht zu sein scheint, wenn wir ein Blatt des Zentralverbundes ebenfalls im Schlachthof zum Aushang bringen. Wir könnten ja jedoch den Herrn Direktor mitteilen, daß die Befreiungsbüchungen zu mit der Bitte, zum Aushang befindlichen seine Genehmigung zu erhalten und in der Gardecke oder Rantue einen geeigneten Platz dafür angeordneten.

Das Blatt mit den beiden verjährten Händen muß aber als sehr beweisstark bekannt werden sein, denn die

Schlachthofdeputation des Registats sandte unserer Verwaltungsstelle in Breslau unter 19 Februar folgendes Schreiben:

„Herrn an den Herrn Direktor des pommerschen Schlach- und Viehhofes gerichteten Antrage vom 10. d. M. auf Genehmigung zum Aushang eines Plakats, betreffend den Centralverband der Fleischer und Verfussgenossen Deutschlands, verhindern wir nicht zu entsprechen.“

Das Plakat folgt zurück.“

G. Bender. Friedrich.“
Da haben wir es also wieder; wozu wir brauchen wir nicht zu wissen! — Es geht durch solche Praktiken aber auch ganz gut, die Fleischer Breslaus aufzulösen, und die Organisation schreit weiter!

Trotz dieser erdrückenden sich ständig mehrenden Beweise aber fühlt sich der Oberbürgermeister immer wieder belebt, wenn man ihm nachfragt, daß er mit zweierlei Maß mißt.

Der Kampf um die Unfallrente.

(Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.)

Die Witfrau Schönig beantragt die Hinterlassenenrente, ihr Mann, der im städtischen Dienst bei der Straßenbeschaffung beschäftigt war, ist im Betriebe verunfallt; er erlitt eine knöpfende Kopfverletzung. Der Verunglückte mußte nach einer Zeit in die Freiburger Klinik geschafft werden, wo er verstarb. Das Gutachten kommt auf Vollirrisma trons. Die Witwe behauptet, ihr Mann sei nie ein starker Trinker gewesen, habe auch nie an Krämpfen gelitten. Die arme Frau wurde jedoch mit der Klage abgewiesen.

Der Arbeiter Schäfer-Breslau, gleichfalls in städtischen Diensten, erlitt vor zwei Jahren in der Betriebsküche einen Unfall, eine Quetschung des linken Beins, die sehr schmerhaft war. Auf Grund des ärztlichen Gutachtens wurde dem Mann eine Rente von 20 Prozent angedroht, die ihm aber jetzt nach einer Behandlung in der Anstalt für Unfallverletzte entzogen werden sollte. Damit ist der Verleger nicht einverstanden, er klagt gegen den Stadtkommissar auf Weiterverjährung des Rentenbezuges, da sein Leiden sich nicht im mindesten gebessert habe. Der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts, Brinckmann Dr. Schäfer, hält die Ansprüche des Klägers für durchaus glaubhaft, die Beine wie der Arzt seien schwach. Das Schiedsgericht verurteilte den Stadtkommissar auf Weiterzahlung der Rente.

Dem Maurerpolizisten Julius Pischel ist bei der Arbeit ein Stein auf den Kopf und die Beine gefallen. Anfanglich erhielt der Schwerverletzte eine Rente von 80 Prozent, die infolge einer Nachuntersuchung des Zustandes auf 30 Prozent herabgesetzt werden sollte. Der Vertrauensarzt schätzte die Unfallsfolgen noch auf 40 Prozent, die dem Polizier zugestanden wurden.

Der Arbeitsschutz Berg in Schwedt hatte das Urteil, im Betriebe mehrere Finger zu verlieren, sie wurden ihm amputiert, dafür genötigte ihm die Verungessenschaft 25 Prozent Rente. Berg bzw. dessen Vater ist mit der langen Rente nicht zufrieden, er bittet, sie zu erhöhen, wurde aber abgewiesen.

Der Arbeiter Langen-Breslau erhielt für einen erlittenen Betriebsunfall 83½ Prozent Rente. Er klagt, daß er nicht mehr im Betriebskraft sei, was auch selbstlich ist, denn der Unfall war ein schwerer, es ist ihm eine schwere Last auf den Kopf gefallen. Gerade kann er nicht mehr bestreiten, er läuft bei seinem Leiden herabfallen. Auch sei er zu schwach zu derartigen Arbeiten. Der Arzt konstatierte aber, daß die Unfallsfolgen sich gebessert haben, und so wurde er mit seiner Forderung auf eine höhere Rente abgewiesen.

* Der Reinfall der Polizei in ihrer blutigen Schlacht mit den Sigeunern ist noch weit größer, wie es anfangs schien. Und nachdem jetzt die Offenheit glorriert worden ist, kommen nach und nach Dinge in diese Lessentümlichkeit, die den „Sieg“ der Polizei noch zuhause machen lassen. Es stellt sich nämlich heraus, daß die Sigeuner mit einer Frechheit gearbeitet haben, die man sonst nur in lustigen Operetten sieht. Nicht nur, daß sie während des Kampfes mit den Polizisten durchs offene Fenster flüchten, nicht nur daß sie nachher gemüthlich noch einmal nachschauen kamen, was sie wohl bei der Flucht vergessen haben könnten, — nein, sie sandten noch Gelegenheit, aus einem Stall an der Berliner Chaussee zwei Pferde und an derselben Straße aus einem Wagendepot einen schwärmigen eleganten Omnibus zu mäuseen. Zweispännig wie ein Baron sind sie sodann zum Tore hinausgefahren, begleitet von den Glückschen der geleisteten Polizisten.

Aber die Polizei macht. Sinen wichtigen Anhaltspunkt zur Ergreifung der Bande hat sie bereits: Sie „nimmt an“, wie es in den neuen Polizeiberichten heißt, daß die Bande — mit dem gestohlenen Gesäß die Flucht ergreifen hat.

Das ist doch immerhin etwas! Die Schuld wird also ihre Söhne finden. Vorausgesetzt, daß nicht die Sigeuner die Schüsse eines Huren als Rotschid befreien, umsofort auf allen Wegen zu wandeln.....

* Märzschau und Märzenträte. Den warmen, gleich fröhligscheinenden Tagen, die Ende Februar und Anfang dieses Monats vergangen waren, ist ein empfindlicher Rückfall gefolgt, der aber durchaus nichts Außergewöhnliches bedeutet. Im Jahre 1888 ist im März das Thermometer bis auf 12,5 Grad. Noch empfindlicher Fälle gab es im März im Jahre 1886 und 1889. Auch in den Jahren 1891, 1899 und 1901 war der März frostreich und die kalteperiode während bis in den April herein. 1891 sank das Thermometer in den ersten 5 Tagen des April bis unter Null und am 24. März 1899 betrug die Röte 7,5 Grad. Damit verglichen will der gegenwärtig herrschende Frost nicht viel belogen.

* Wieder ein Opfer des Geländeräubers! Im Hause Schieboldstraße 15 tummeln sich Montag nach dem Verbot ihrer Eltern eine Anzahl Kinder auf den Treppengeländern herum. Völkisch galt ein zwölfjähriger Junge, das Kind aus einer Genossenschaftsschule, ans und stürzte drei Stufen tiefer in den Rüttelkasten hinunter. Er riß einen Schädelbruch und verlor bereits nach knapp einer Sekundenstunde unter entzündlichen Schmerzen. Eine neue Mahnung an alle Eltern, ihre Kinder auf die Geländer des so oft gelegten Hauses immer wieder aufmerksam zu machen.

* Betriebs- oder Nachlässigkeit. Ein Geschäftsmann Spolt kam hier gestern Nachmittag 3 Uhr auf dem Handwagen an, um nach Wagen zu transportieren zu werden. Da der Wagen beschädigt war, wurde er in die Reparaturwerkstatt gebracht. Drei der Gejagten waren mit einem schweren Wagen weiter beschäftigt, während der vierte zurückgeblieben war. Er ist in der Reparaturwerkstatt bei einem Arbeitnehmer das Rad des vierten Gejagten. Er erhielt Schläge und Trakt und war dann abgeschoben. Ob ein Betriebs- oder Nachlässigkeit der Transportfirma vorliegt, konnte unser Gewährsmann nicht feststellen.

Zus Schlesien und Posen.

Ein „Sieg“ der Reißer Zeitung.

Dießes Blatt hat dieser Tage einen Sieg erzielt, auf den ich sehr froh sein will. Bekanntlich hielt die Genossenschaft aus Frankfurt a. M. in einer Reihe polnischer Städte Bortlage über Rentierschäfereiüberwachung, also über ein Gebiet, das völlig neutral sein soll. Wie es sich von selbst versteht, vertrat hier auch den Standpunkt, daß auch die u. n. e. h. e. i. e. Ritter Kutsch in der Rentierschäferei einen Vertrag mit dem Reichstag in Konigsberg eingegangen ist und durch die Befreiung der Rentierschäferei aus dem Reichstag in Konigsberg erfolgt worden.

punkt der Frau Kutsch. Wenn sie unsere Genossen also einladen, so deshalb, weil sie in ihr eine glänzende Befürworterin der Rentierschäfereiüberwachung haben, die ganze Frage hat mit der hohen Politik aber gar der Sozialdemokratie gar nichts zu tun. Die Ausschaltung der Frau Kutsch war aber der katholischen Reißer Zeitung und ähnlichem Gewürm ein Streuel. Sie heißt solange, bis in verschiedenen Städten (Glogau, Oppeln, Ratibor u. c.) noch in letzter Stunde eine Abstimmung an unsere Genossen erfolgte. Selbst ein Vertrag über „Berufswahl der Edler“ wurde abgefragt.

Anähnlich soll Frau Kutsch einige Bortlage wegen „Überwohlsein und Umannehmlichkeit“ aufgegeben haben.

Die Reißer Zeitung droht jedoch, indem sie dieses Ergebnis der Öffentlichkeit mitteilt. Ja, hätte ein ehemaliger Mitarbeiter des Podestes angekündigt, dann wären dem Blatt für Wahrheit, Freiheit und Recht selbst sozialdemokratische Zuhörer sehr angenehm gewesen.

Deutsch-Pissa, 17. März. Achtung, Genossen! Die Gemeindevertreterwahlen finden morgen Mittwoch, den 18. März, von 11 Uhr ab statt. Unsere Kandidaten sind: Werner Hermann Bittermann und Zimmerer Gustav Franz. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung an der Wahl.

Görlitz, 17. März. Zum Prozeß gegen Ge-ossen Lautabadel als verantwortlichen Redakteur der Görlitzer Volkszeitung standen am Sonnabend vor dem hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Wegen angeblicher Beleidigung des Lehrers Pfeiffer in Lauban, begangen durch einen Artikel: „Die Sozialdemokratie in der Schule“, in Nr. 250 „Görl. Volks-Zeitung“ vom 28. Oktober 1907, war Lautabadel vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte und auch der Staatsanwalt Berufung eingereicht. Die Strafkammer verwarf beide Berufungen. Es bleibt somit bei dem Urteil der ersten Instanz. Der Staatsanwalt hatte 150 Mark Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis beantragt.

Zum zweiten Prozeß handelt es sich um eine Abstimmung wegen Vergnüfung. Unähnlich der Stadtverordnetenwahl im Herbst d. J. war dem Angeklagten ein Flugblatt des Freiwilligen Vereins ausgestellt worden zu einer Zeit, in der die Flugblätter noch in der Druckerei des freimaurigen neuen Anwalts gewesen sein sollen. Die Druckereibesitzer nahmen an, das Flugblatt sei gestohlen worden und erstaunten Anzeige. Die Staatsanwältin forderte streng ein Verfahren gegen „Unbekannt“ an und ließ Genossen Lautabadel als Zeugen vernnehmen. Dieser verweigerte sein Zeugnis und wurde nun wegen Begünstigung angeklagt und auch vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch gegen dieses Urteil, das übertrieben bestehend wirkte, hatte der Angeklagte Berufung eingereicht, und er erzielte vor der Strafkammer seine Freisprachung. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt. Selbst der Staatsanwalt mußte es dem Gerichtshof anheimstellen, ob er eine Verurteilung aussprechen wolle. Die Freisprechung erfolgte, weil das Gericht das Urteil der ersten Instanz juristisch nicht für haltbar hielt, da vor allen Dingen nicht feststeht, daß das Flugblatt durch eine strafbare Handlung in die Hände des Angeklagten gelangt ist.

Landsberg, 17. März. Der Millionennachlass des Grafen Chamare. Um das Erbe des schlesischen Grafen Pius Chamare, der sich kurz vor seinem Tode mit der Wiener Sängerin Wanda Blaustein hatte trauen lassen, ist, wie man weiß, ein langwieriger Prozeß geführt worden. Die Verwandten des Grafen klagen gegen die ehemalige Sängerin auf Herausgabe der angeblichen Millionenerbschaft. Das Rechtsgericht entschied schließlich im Sinne der Angehörigen des Grafen. Dieser Tage fand nun vor dem Amtsgericht Landsberg in Anwesenheit von zahlreichen Wiener Advokaten die erste Gläubigerversammlung im Nachtlakonkurs des Grafen Pius von Chamare statt. Es wurde mitgeteilt, daß der Aufenthaltsort der Exgräfin Wanda Blaustein-Chamare vollständig unbekannt und daß die angebliche Millionenerbschaft eine rege Verbreitung sei. Der Stand der Nachlaßmiete hängt wesentlich von der Ansetzung eines auf die Herrschaft Kunzendorf eingetragenen Vorlauffrechtes des Grafen Stanislaus Chamare ab, über das der eingesetzte, gründlichste aus Rechtsanwälten bestehende Gläubigerausschuß entscheidet soll.

Hirschberg, 17. März. Zum Leichenfund im Böber. Es ist jetzt gelungen, die Verhältnisse des am letzten Dienstag im Böber bei der städtischen Badeanstalt als Leiche aufgefundenen Menschen zu klären. Es ist der Schuhmacher Feige, der früher hier wohnte, sich aber in den letzten Jahren, wo er auch von seiner Frau getrennt lebte, meist umhertrieb. Da Feige wiederholt Selbstmordabsichten geäußert hat, so ist sicher anzunehmen, daß ein Selbstmordvorfälle vorliegt.

Hirschberg, 17. März. Feuer. Hier brach in dem Geschäft des Kaufmanns Kasai auf dem Markt Feuer aus. Fast die gesamten Vorräte an Schlägen, Wäsche und Wollwaren, sowie die Laden-einrichtung sind verbrannt.

Gotha, 17. März. Ein Pferdebierbahn! wurde in der Nacht zum Sonntag bei dem an der Grenze des Weindorfes der Stadt auf der Bismarckstraße wohnenden Fuhrwerksbesitzer Riesenberger ausgeführt. Der oder die Diebe stahlen zwei starke Arbeitspferde, Braune, und dem Stalle, nachdem sie ihnen ihre Spiegelzügel mit Ketten aufgesteckt hatten. In dem an die entgegengesetzte Seite Gotha anstoßenden Michelbort sind in derselben Nacht einem Besitzer zwei Wagenlaternen, Leine, Peitsche und Pferdedecke gestohlen worden.

Schönlanke, 17. März. Verbüßung. Der Buchhändler Ernst Born wurde verhaftet, weil er sich fiktive Verbüßungen gegen Kunden, denen er Nachhilfestunden gegeben hatte, zuschulden kommen ließ.

Bromberg, 12. März. Kapitalisten leben leben Rot. Die Aktiengesellschaft in Firmen H. Löbner beschloß in ihrer Aufsichtsversammlung, der am 10. April 1908 stattfindenden Generalversammlung die Bereitstellung von 7 Prozent Dividende vorauszulegen, nachdem außerordentlich reichliche Abschreibungen vorgenommen werden sollten. Ebenso sollen 26 434,95 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden gegenüber 6572,28 M. im Vorjahr. Was erhalten die Arbeiter?

Kleine provinziale Nachrichten.

Ein Dienstmädchen in Siegnitz trank in selbstmörderischer Absicht Gift. Ihr Vorhaben gelang ihr jedoch nicht; sie wurde einem Krankenhaus gebracht. — Es besteht die Absicht, in diesem Sommer zwischen Hohenwies, Schmieideberg und Sternenbühl eine Automobilstraße einzurichten. Der anliegenden Börden liegen schon die betreffenden Konzessionsgenehmigungen vor. — Der 47 Jahre alte Wagenmeister Karl Scholz von der Höhenwieser Grube, seit 30 Jahren in Diensten der Gräflich Schlosspöhlischen Bergwerksverwaltung, fand auf schlechter Weise seinen Tod in Ausübung seiner Tätigkeit. Er wurde an der Separation durch einen Schleifritz der Stoß quergetötet, wodurch der Tod sofort eintrat. — Der vor einigen Wochen in Milowitz unter dem Verdachte des Mordes an dem russischen Staatsangehörigen Valentin Dala aus Milowitz verhaftete Fleischermeister Ivan Kroslik ist nachdrücklich als ein aus dem Sudetenland in Konigsberg eingewanderter gewertet worden.